

Bezugspreis:

Für den Monat März 1923 M. ...

Vorwärts Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis:

Die einseitige Anzeigenzeile ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 15. März 1923

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Neue Bluttaten in Buer.

Buer, 14. März. (WIB.) Außer den bereits gemeldeten ...

Oberbürgermeister Zimmermann, der wegen Nichtbefolgung ...

Buer, 14. März. (ZL) Nach einer neuen Verordnung des ...

Wie lange noch?

Münster, 14. März. (Wib.) Der Regierungspräsident von ...

„Ich greife die'n Fall ganz unmenhlicher Rohheit aus der ...

Beschlagnahme auf den Gruben.

Paris, 14. März. (WIB.) Havas berichtet aus Düsseldorf, ...

WIB. bemerkt hierzu: Die Meldung zeigt, welche ungeheuren ...

Münster, 14. März. (WIB.) Auf einigen Zechen bei ...

von mehreren Millionen beschlagnahmt. Das Auto wurde wieder ...

Truppenverstärkungen.

Münster, 14. März. (WIB.) In den Bezirken Recklinghausen, ...

Paris, 14. März. (WIB.) Kriegsgouverneur Maginot teilte gestern ...

Die Beunruhigung in der Schweiz.

Bern, 14. März. (WIB.) Die Geschäftsleitung der schweizerischen ...

Der Vorsitzende des politischen Departements, Bundesrat ...

Englands Unzufriedenheit.

London, 14. März. (EP.) Sir Robert Horne hielt am ...

Labour-Abordnung nach Deutschland.

London, 14. März. (Reuter.) Der Parlamentsberichterstatter ...

Frankreich und Bergmanns Plan.

„Zu unbestimmt.“

Paris, 14. März. (EP.) Der Quai d'Orsay veröffentlicht eine ...

WIB. veröffentlicht die französische Mitteilung ausführlich und ...

Das Reich für die Reichen?

Zum Reichsentschuldungsgesetz.

Die Reichsregierung ließ im Oktober vorigen Jahres dem ...

Der Entwurf sieht im wesentlichen als Entschädigung für ...

1. Ein Fabrikant hat vor Kriegsausbruch eine Maschine ...

2. Ein Importeur hat unter Benutzung des ihm von einem ...

3. Die Frau eines sehr reichen Bankiers kauft kurz vor ...

4. Die Frau eines der größten Grundbesitzer und reichsten ...

5. Ein Deutscher hat vor dem Krieg in Monte Carlo sein ...

6. Ein Bankier hat vor dem Krieg an der Pariser Börse ...

200000 Frank auf. Er zahlt jetzt an das Reich 960 000 Papiermark, dieses übernimmt die Differenz zwischen Papier- und Valutabetrag und macht dem Bankier ein Geschenk von rund zweihundertsechzig Millionen Mark.

7. Einem Dienstpflichtigen ist es während des Krieges auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses gelungen, sich einen Paß nach der Schweiz zu verschaffen. Dort betreibt er alsbald mittels eines Kredits, welchen ihm die Schweizer Filiale einer eisässischen Bank einräumt, umfangreiche Schieber- und Spekulationsgeschäfte. Er verdient dabei mächtig und erwirbt mit dem Ertrag dieser Geschäfte nach Friedensschluß in Deutschland einen schönen Hauspost. Sein Kontokorrent mit der eisässischen Bank schloß am Stichtage mit einem Debit von rund 100000 Schweizer Franken ab. Er zahlt dem Reich nunmehr 480 000 Papiermark, und dieses macht durch Uebernahme der Valutadifferenz dem Ehrenmann auf Kosten der Steuerzahler ein Geschenk von nahezu vierhundert Millionen Mark.

8. Ein Kriegsgefangener war in der Schweiz gezwungen, zur Wiederherstellung seiner im Krieg zerrütteten Gesundheit ein Darlehen von 500 Frank aufzunehmen. Er sieht sich immer weniger imstande, diese Schuld abzutragen, die heute einen Betrag von zweieinhalb Millionen Mark ausmacht und seine wirtschaftliche Existenz zu zerstören droht. Das Reich muß seine Hilfe ablehnen, weil es nach dem Reichsausgleichsgesetz und dem dem Reichstage vorliegenden Änderungsentwurf für derartige Schulden nicht aufkommt.

9. Eine betagte Lehrerin, die lange Jahre in England gelebt hatte, hat sich mit ihrem sauer verdienten Geld ein Sparfahrguthaben in Höhe von 150 Pfund Sterling erworben. Das Reich bekommt diesen Betrag vom englischen Amt guthaben und zahlt nach dem Gesetzentwurf der Lehrerin 18 000 Papiermark; den Rest von einer Million einhundertzweihundertdreißig Mark behält es, um damit die Schulden der unter 1 bis 7 genannten Interessenten zu tilgen. Die Lehrerin, die mit dem ihr gehörigen Geld für den Rest ihrer Tage einen auskömmlichen Lebensunterhalt gehabt hätte, ist nunmehr gezwungen, ihr Leben mit der Armenunterstützung zu fristen, die ihr ihre Heimatgemeinde gewährt.

Soweit die Beispiele. Sie können beliebig vermehrt werden. Es ist nicht nötig, die angeführten Fälle zeigen zur Genüge, daß der Entwurf in der Praxis die Wirkung ausüben muß, daß alle jenen kleinen Leute, deren Eigentum in Frankreich, Belgien, England oder Italien liquidiert worden ist, mit einem Beihilfennig abgefunden werden, während das Reich zum Teil auf Kosten dieser Leute und zum Teil auf Kosten der Steuerzahler den größten Teil der Lasten der Großschuldner trägt, wobei die Gefahr nahelegt, daß die Großschuldner leichtfertig ihre Schuld anerkennen, um den Mißbilligungen der Schiedsgerichtsbarkeit im Falle einer Klage zu entgehen. Kein Mensch wird leugnen können, daß durch einen derartigen Ausgleich der Liquidationsschäden eine soziale Ungerechtigkeit geschichtlich festgelegt würde, die im Rahmen des heutigen Deutschland unerträglich ist. Bleibt man die Staffelung bei den Wiederaufbau- und Entwurfsentwürfen als Vergleich hinzu, so wird man den Eindruck nicht los, daß einflußreiche Großinteressenten es verstanden haben, sich bei der Ausarbeitung des Entwurfs ungebührlich in den Vordergrund zu schieben, und daß das Ganze nicht demokratischen, sondern plutokratischen Geist atmet.

Der Wiederaufbau ist sicherlich eine Aufgabe, der auch die Sozialdemokratische Partei jede berechnete Unterstützung zu teil werden läßt. Das darf aber nicht dazu führen, daß einzelnen Privaten auf Kosten der Allgemeinheit Millionen-geschenke in den Schoß geworfen werden. Ein Vergleich mit den Privatrentnern, die wenn auch nicht in derselben, so doch in einer ähnlichen Lage sind wie die durch den Krieg im Ausland Geschädigten, sollte zur Vorsicht mahnen. Auch darf man nicht vergessen, daß das Ausland diese Vorgänge mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Der Gesetzentwurf bedarf also in den Ausschüssen Beratungen, die wahrscheinlich bereits in der nächsten Woche beginnen, einer sehr gründlichen Vereinnung. Zum mindesten sollte angestrebt werden, den wirklich Vermögenden einen größeren Prozentsatz ihrer

Schuld aufzulasten und die ganze oder teilweise Uebernahme der Schulden deutscher Privatpersonen durch das Reich auf diejenigen Fälle zu beschränken, in denen die Unfähigkeit der Schuldner, einen größeren als im Entwurf vorgesehenen Betrag zu zahlen, durch Entscheidung einer unparteiischen Instanz, etwa einer Spruchstelle, festgestellt worden ist.

Krankenkassen und Aerzte.

Infolge einer Anregung im Hauptauschuß des Preussischen Landtages fanden im Wohlfahrtsministerium Verhandlungen zwischen Mitgliedern des Groß-Berliner Krankenkassenverbandes und des Groß-Berliner Aerztebundes, sowie des Apothekervereins unter Beteiligung von Vertretern des Wohlfahrtsministeriums mit dem Ziele statt, eine engere Arbeitsgemeinschaft zwischen diesen für die Sozialversicherung wichtigen Faktoren zu erreichen. Im besonderen wurde der zwischen Krankenkassen und Aerzten vor zwei Jahren abgeschlossene Vertrag zum Gegenstand eingehender Erörterungen gemacht, um seine Durchführung wirksamer zu gestalten. Die Verhandlungen nahmen einen aussichtsreichen Verlauf und werden fortgesetzt.

750 Milliarden für die Wittelsbacher!

Die bayerische Republik, repräsentiert durch die Bayerische Volkspartei, die offen verfassungsfeindliche deutschnationale Mittelpartei nebst deren, zwischen Räterepublik und angestammtem Herrscherhause hin- und herpendelndem bauerndem bürgerlichen Anhang, hat sich nicht entblüdet, der Familie Wittelsbach als Schmerzensgeld für den Verlust ihres Thrones 750 Milliarden Papiermark zuzuschicken. Als klug rechnende sorgsame Hausväter begünstigt die Wittelsbacher sich mit einer deren Liebesgabe von nur 60 Millionen, da sie den Schwerpunkt ihrer Forderungen von Beginn der vier Jahre dauernden Verhandlungen an auf die Ueberlassung von Sachwerten gelegt hatten. Als solche kommen an erster Stelle in Betracht über 7000 Hektar vorzüglicher Staatswälder, dann Güter, Liegenschaften, Schlösser und Kunstschätze sowie Wohnrechte in den Palästen verschiedener Landesteile. Damit aber das bayerische Volk die Erinnerung an die Dynastie nicht aufgibt, werden Teile der sehr zahlreichen Familie recht häufig von dem ihnen eingeräumten Rechte der unentgeltlichen Benutzung zweier Prozentsumsloggen in den beiden Staatstheatern Gebrauch machen. Der Zweck dieser „Abfindung“ läuft darauf hinaus, den Glanz der Wittelsbacher aufrechtzuerhalten und die Wiederherstellung der Monarchie etappenweise herbeizuführen; so können die Prinzen und Prinzessen durch ihr Theaterprivileg auch persönlich dem Volke näher treten.

Die bayerischen Reaktionen haben mit einem Eifer und einem Geschick, die sie niemals für das Reich oder die bayerische Republik aufwenden, die Sache so gedreht, daß sie im Landtage bei der bestehenden Parteikonstellation glatt durchgehen mußte. Vorarbeit hatten die Kronjuristen, insbesondere der Reichstagsabgeordnete Dr. Beyerle, in ausreichender Weise geleistet. Sollte es sich doch um eine reine Rechtsfrage, heileibe nicht um eine politische Angelegenheit handeln. Da aber die Regierung selbst in der Begründung ihrer Vorlage zugehen mußte, auf wie wackeligen Füßen das „Recht“ der Wittelsbacher stand, so verlegte man sich auf die „gemüthliche“ Seite und ließ das Milliardenangebot als Anstandsgebühr des demokratischen Staates erscheinen, als Gegenleistung für die Verdienste der Wittelsbacher um das Wohlergehen ihres Volkes.

Der von der Regierung mit den Wittelsbachern abgeschlossene „Vertrag“ ließ weder eine Abänderung noch eine Prüfung ihrer Ansprüche zu. Alles war hinter den Kulissen abgemacht. Was kümmerte sich die Gefolgschaft der reaktionären Landtagsmehrheit um die historische Tatsache, daß durch das Zivilistengesetz die Spannungsansprüche der Wittelsbacher den Charakter öffentlich-rechtlicher Ansprüche erlangt hatten, die durch die Revolution beseitigt waren? Was um die Freigebigkeit eines an einem

Milliardendefizit krankenden Staates, der angeht sich täglich steigenden Not des arbeitenden Volkes einer qualifizierten Sippe Milliarden zuschiebt und ihr fürstliche Wohngelegenheiten verschafft, wo Millionen fleißiger Menschen in Höhlen haufen müssen?

Um dem Werte monarchistischer Diebstahlgier die rechte Weiße zu geben, schuf man unter der Firma eines „Ausgleichsfonds“ eine öffentlich-rechtliche Stiftung, die ihrem Wesen nach nichts anderes ist als ein Fideikommiss zugunsten der Wittelsbacher. Die Verwendung dieses Fonds liegt ganz in ihrer Hand; nur bei Veräußerungen aus diesem Fonds steht dem Staat ein Vorkaufsrecht zu. Sollten aber einmal, was bei der Fruchtbarkeit des Geschlechtes kaum eintreten dürfte, die Wittelsbacher bis auf das letzte Prinzgebilde ausgestorben sein, dann sollen die Schlösser, Wälder, Liegenschaften und Kunstschätze usw. wieder dem Staate zu. Bis zu dieser nebelhaften Möglichkeit haben die Anwärter der Restauration einen Kampffonds gegen die Republik in der Hand, der gegebenenfalls sich zu einem neuen Reptilienfonds entwickeln könnte.

Verschiebung der Wahlen in Oldenburg.

Oldenburg, 14. März. (Tl.) In der gestrigen Sitzung des Oldenburgischen Landtages stand u. a. auch der Brief des Kanzlers Cuno wegen der Verschiebung der Landtagswahlen auf der Tagesordnung. Die Deutsche Volkspartei sprach sich für die Verschiebung dieses Vorschlags aus und erklärte die Motivierung, daß durch die Wahlen die Parteipolitik erzeugt werden könnten, nicht für ausreichend. Demokraten, Zentrum und Sozialdemokraten vertreten den Standpunkt, daß grundsätzlich die Wahlperiode einzuhalten sei. In außergewöhnlichen Zeiten könnten unter gewissen Umständen natürlich Ausnahmen gemacht werden. Man kam überein, in eine ernste Prüfung der Anregung des Reichskanzlers einzutreten. Es sei Aufgabe der Regierung, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Der Landtag erklärte sich damit einverstanden.

Die Begleichung der Reparationswechsel.

Künftig wird mitgeteilt: Die Reichsbank hat für die Einlösung der am 15. März fälligen von Schweizer Banken diskontierten, zur Erledigung der letzten Reparationszahlungen ausgestellten sogenannten belgischen Reichsschatzwechsel die Valuta in Höhe von rund 48 Millionen Goldmark an die Bank von England überwiesen.

Der Fall Oehme.

Die Verhaftung Walter Oehmes ist nach einer kurzen Vernehmung im Volksgelände auf Anordnung des Oberreichsanwalts erfolgt und vom Amtsgericht Berlin-Mitte bestätigt worden. Oehme wird nach Leipzig gebracht werden, um dort zur Verfügung des Oberreichsanwalts zu stehen.

Das Gewerberecht im Landtag.

Der Preussische Landtag nahm am Mittwochabend in einer kurzen Sitzung die zweite Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung bei den einzelnen Titeln des Haushaltes wieder auf. In der ersten Beratung beantragten die unter den banalen Ausgaben für die Unterhaltung gewerblicher Fachschulen auszuweisenden Betrag von 889 000 M. um 8 107 000 M. auf 12 Millionen M. zu erhöhen. Ferner forderten unsere Genossen in einem Entschließungsantrag, aus diesem erhöhten Betrag die Textilschulen zu unterstützen. Abg. Daitmann (Dem.) empfahl einen Antrag, der das Staatsministerium ersucht, zu den Kosten der städtischen Gewerbeschule (höhere Maschinenbauerschule) in Berlin einen angemessenen Zuschuß zu leisten. Diese drei Anträge wurden mit großer Mehrheit angenommen. Die weitere Beratung wurde dann vertagt. Nächste Sitzung Donnerstag 19 Uhr: Fortsetzung der Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung, Haushalt der Porzellanmanufaktur, Bergbauhaushalt. — Schluß gegen 6 Uhr.

Johann Christian Günther.

Zum 200. Todesstag am 15. März.

Von Otto Ernst Hesse.

Goethe, der in seinen Leipziger Studienjahren dem Einfluß des unglücklichen Günther unterstand, hat mit jenem viel zitierten Wort, daß ihm „Wesen und Dichten gerrann“, das Schicksal des schlesischen Dichters von der Warte seiner späteren Gelassenheit festgelegt. Erst allmählich hat man einsehen gelernt, daß dieser Vagant wider Willen, der, als er die fünfundsiebenzig überschritten hatte, emsig bemüht war, in ein neues artiges Verhältnis zum Leben zu treten und nur an der sinnlosen Dummheit seines Erzeugers scheiterte, ein größeres Plus auf der Bilanzseite seines Lebens hatte, als es dem Weimarer Geheimrat schien. Es ist heute geläufige Schulweisheit geworden, daß mit Günther recht eigentlich die deutsche Lyrik beginnt, das heißt jene Ägide der großen menschlichen Persönlichkeiten, jene individuelle Bekennensrichtung, die Goethe von Günther übernahm und die nach ihm mit den Namen Hölderlin, Novalis, Mörike, Hebbel, Claudel, Storm, Rilke, Benn, Heine, um nur einige Namen zu nennen, die deutsche Lyrik ausmacht. Günther war der erste, der sich aus der Klassen-, Standes- und Gesellschaftslyrik zum subjektiven Bekenntnis in lyrischer Form freimachte.

Nur die bitterste Lebensnot vermag diese Entwicklung in dieser einen Persönlichkeit, in dieser einen Seele, die nicht von einem übertragenden Intellekt kontrolliert und gezügelt wurde, zu vollbringen. Die Tragödie Günther trägt die Ueberschrift „Der Sohn“. Man muß sich die Lebensformen des beginnenden 18. Jahrhunderts vergegenwärtigen, um zu begreifen, daß dieser Sohn bis zu seinem Tode im 28. Lebensjahre nicht von dem Urteil, das sein Vater von ihm hatte, loskam. Damals redete der Sohn den Vater noch mit „allerhöchster Herr Vater“ an und lächelte ihm in „alleruntertänigster Ehrerbietung“ die Hand. Ein Recht auf eigenes Leben, eigene Anschauungen, eigene Ziele durfte der Sohn nicht haben; er mußte gehorchen, mußte luschen. Das beinahe hündische, das in den Veröhnungsversuchen Günthers mit dem Vater liegt, kommt auf die Zeit, nicht auf seinen Charakter.

Neben dem Vater, der den Sohn immer wieder wie ein Tier hinausjagt, obgleich er in seinen Stellungen als Arzt seinen guten Willen, ein sogenannter brauchbarer Mensch zu werden, mehrmals kundtut, ist es eine Frau, die ihm Schicksal wird, jene berühmte Senore, die der Stern ist, der ihm in allen wilden Jugendstürmen vorleuchtet. Er ist ihr nicht treu, das Blut tocht zu wild in ihm, sie ihm jahrelang; bis er ihr selbst den Abschiedsbrief schreibt und mit ihm, in der Heftigen Not der Vereinsamung, jenes ganz große Gedicht „Schuld, Gelassenheit“ — hier steht das von Goethe beliebte Wort als Wort der Sehnsucht am Anfang —, das das schönste und gewaltigste Gedicht der deutschen Sprache vor Goethe ist. Innerlich hoffte er, Senore werde ihm trotz der Freigabe Treue wahren. Aber sie sucht Versorgung in einer Heirat. Das gibt dem durch Hunger und Trinken ebenso wie durch seelische Qualen zerrütteten und hilflosen den letzten Stoß. Er geht verlassen und einsam, nur noch um Gott und einen Sinn des Lebens in tiefen reinen Gedichten ringend, von Stadt zu Stadt, versucht noch einmal in Jena zu studieren, muß

aber dort, ein berühmt gemordeter und doch armer, kranker Mann von 28 Jahren — die dunkle Fahrt ins Jenseits antreten.

Den Spießer schaudert, lest er die Lebensgeschichte dieses Dämonischen. Der Selbstgerechte spricht leicht von Schuld am eigenen Schicksal. Der Dummkopf findet aus dem Wust von Gelegenheitsgedichten, die dieser Dichter um ein paar Goldstücke willen hinstreift, das nicht heraus, was aus den Tiefen seines Lebens kam. Zwang und Wille, Not und Schuld, Lebenskapf und Lebensfreude mischten sich in ihm unaufloslich. In einer Auswahl, die Hermann Wendel unter dem Titel „Die deutsche Lyrik“ bei Erich Reich vor kurzem erscheinen ließ, findet der, der jenseits aller Moralisierer einen Menschen und Künstler als Einheit zu erfassen vermag, das Unsterbliche dieses tragischen Jünglings, dem es nicht beschieden war, zum Manne zu reifen. Ein Torso, dessen Unfertigkeit man beklagen kann, dessen Größe man aber lieben muß.

Buer.

Es ist gerade ein Jahr her, daß man zum erstenmal von Buer sprach. Damals feierte die Stadt ein freudiges Ereignis: die Ankunft ihres 100 000 Bürgers in Gestalt eines kleinen Bergmannslehrlings, des 11. Kindes dieser gesegneten Familie. Buer ist Buer in die Reihe der deutschen Großstädte eingetreten, deren jüngste es bis zum heutigen Tage geblieben ist. Aber wenn man hier von Großstadt spricht, darf man nicht die Maßstäbe anlegen, die man sonst mit diesem Begriff verbindet. Dafür ist das junge Gemeinwesen an der Umsäher zu rasch emporgewachsen; seine Lebensbedingungen sind viel zu weit entfernt von den Bedingungen, unter denen andere, ältere Städte groß geworden sind. Denn Buer ist nicht nur die jüngste deutsche Großstadt, es ist eine der allerjüngsten Städte überhaupt, und es hat erst im Jahre 1911 Stadtrecht erlangt.

Dabei ist die Landgemeinde Buer, im Kreis Reddinghausen gelegen, durchaus nicht etwa eine neue Siedlung. Im Gegenteil: Buer ist nicht viel weniger als ein Jahrtausend alt. Im Jahre 1003 wird zum erstenmal einer Derilichkeit „Buire“ urkundlich Erwähnung getan. Freilich weiß man aus der Geschichte des Ortes bis an die Grenzen der Neuzeit so gut wie nichts; der Ort gehörte zum Bistum Köln und bildete im Mittelalter mit der umgebenden Landschaft die Freiheit Buer, auf deren Boden eine ganze Anzahl von Rittergütern ihre festen Burgen hatte. Inmitten der Freiheit Buer, da wo sich noch heute der Mittelpunkt der Stadt befindet, stand eine prächtige romanische Kirche, deren Ornamente zum Teil noch heute im Museum aufbewahrt sind. Im 16. Jahrhundert wurde diese Kirche abgebrochen, wahrscheinlich weil sie für die stark angewachsene Gemeinde nicht mehr genügte. Wie alle deutschen Städte und Gemeinden, so machte auch Buer im Laufe der Jahrhunderte viel Schweres durch. Im Dreißigjährigen Kriege, im Sechzigjährigen Kriege und noch zu anderen Zeiten war es von feindlichen Truppen bedrängt und gebrandschatzt worden. Dreimal, zuletzt im Jahre 1688, ist die Gemeinde völlig durch Feuer vernichtet worden; Rest und Schutt aller Art haben ihr Schicksal mitgemittelt. So wurde das Gemeinwesen nach mancher Zeit der Wüste immer wieder entökert, und über einige tausend Einwohner ist es bis in die allerneueste Zeit nie hinausgekommen. Hatte Buer doch im Jahre 1890 erst 5600

Bewohner, 1890 war die Zahl auf 11 000 angewachsen, und nun begann der rasche Aufstieg zur Großstadt, der ohne den Krieg schon viel früher zum hunderttausendsten Einwohner geführt hätte.

Schon einmal in seiner Geschichte hatte Buer unter französischen Drangsalen schwer zu leiden. Es war im April 1757, als französische Truppen in den Ort einrückten und 14 Tage im Quartier lagen. 1758 kam wieder ein französischer General mit 3000 Mann nach Buer. Im Staatsarchiv zu Münster findet sich noch eine Aufzählung all der Dinge, die die Franzosen damals raubten. Es waren Gerätschaften und Vorräte, Gold- und Silbersachen, Kleider, Lebensmittel, Hühaber — kurz, alles, was den Heerhaufen des Winnehmens wert erschien. Obwohl die Franzosen in jenem Jahre die Festung geschlagen wurden, standen auch 1760 noch große Teile ihrer Streitkräfte am Niederrhein, und wiederum rückte ein Häuflein Kriegsmänner nach Buer, wo beide Bürgermeister zu wiederholten Malen gefangen fortgeschleppt wurden — damals also ganz so wie heute. Die Wänter des französischen Militarismus haben sich, wie man sieht, seit anderhalb Jahrhunderten nicht geändert.

Ein neuer utopischer Roman von Wells. Der englische Dichter H. G. Wells, dessen phantastische Romane auch bei uns viele Leser gefunden haben, ist von seinen geschichtlichen und sozialreformistischen Studien wieder zur Dichtung zurückgekehrt. Er hat soeben einen Roman mit dem Titel „Menschen wie Götter“ veröffentlicht. Der Dichter wendet auch hier auf seinem Lieblingsgebiet der Gesellschaftskritik und Satire, aber das Ganze ist in die Form einer Utopie gekleidet. So findet man in dem neuen Werk die Vorzüge seiner früheren Schriften vereint: spannende Handlung, phantastische Utopie und geistvolle Beurteilung der Gegenwart. Das Thema, das der Roman behandelt, ist einfach. Einige Kraftwagen, in denen sich verschiedene Leute befinden, werden plötzlich in eine andere utopische Welt durch einen merkwürdigen vierdimensionalen Versuch verlegt. Sie gelangen in eine Umgebung, die der unseren ziemlich ähnlich, aber ihr im kulturellen Fortschritt etwa um 1000 Jahre voraus ist. Die Bewohner dieses utopischen Reiches sind über alle Begriffe gut und weise, „gleich Göttern“. Mit Ausnahme eines auf Urlaub befindlichen Journalisten Borskaple, ist keiner der „Erdblinge“, wie sie genannt werden, auch nur im geringsten fähig, den Fortschritt dieser Utopie richtig zu würdigen. Sie fassen den Plan, sich zu Herren des Landes zu machen und die Bevölkerung zu unterwerfen. Dabei erleiden sie ständigen Schiffsbruch, mit alleiniger Ausnahme von Borskaple, der mit den Utopiern gemeinsame Sache macht und unter ihnen in idyllisches Leben führt, bis er nach seiner Welt zurückgeschickt wird. Die Handlung ist mit der bekannten Geschicklichkeit von Wells aufgebaut, bildet aber nur die Einkleidung für eine Gesellschaftskritik, durch die der Dichter unserer Kultur einen idealen Spiegel vorhalten will. Während er das Leben in unserer Welt in scharfen Karikaturen zeichnet, stellt er ihr eine andere Welt gegenüber, in der alle die Probleme gelöst sind, die unserer Dasein mit Armut, Krankheit und Unglück erfüllen.

Ein verfallendes Kriegerdenkmal. Die Stadt Grych in der Briegnitz hat im vorigen Jahre ihren im Weltkrieg gefallenen Einwohnern ein Denkmal errichten lassen. Das 4 1/2 Meter hohe Werk aus Mischkalkstein ist eine Schöpfung des Berliner Bildhauers Prof. Josef Altmann. Der Künstler hat es auf einem vor-

Gegen Poincaré und Achtstundentag!

Kundgebung der Arbeitgeberverbände.

Eine große Kundgebung der Arbeitgeberverbände wurde gestern im ehemaligen Herrenhause veranstaltet, um zur Ruhrbesetzung Stellung zu nehmen. Zahlreiche Reichsminister, unter ihnen der Kanzler, nahmen an der Versammlung teil. Bemerkenswert war schon die Begrüßungsrede des Vorsitzenden, Dr. Sorge, der demonstrativ jeden Gedanken an eine bewaffnete Abwehr ablehnte und wiederholt untertrieb, das Unrecht könne nur mit den Waffen des Rechtes bekämpft werden. Er ersuchte alle Mitglieder der Vereinigung der Arbeitgeberverbände, nichts zu tun, was das Mißtrauen der Arbeitnehmern erwecken könnte, während er andererseits an die Arbeiterschaft den Appell richtete, lägenhaften Nachrichten keinen Glauben zu schenken.

Unternehmer aus dem neubesetzten Gebiete appellierten eindringlich an das unbesetzte Deutschland, mehr als bisher zu tun, um den wirtschaftlichen Erfolg des Abwehrkampfes zu sichern. Einer von ihnen erklärte u. a.:

Allen Respekt vor dem Achtstundentag, aber jeht muß in Deutschland ohne Rücksicht auf Fesseln oder Stunden gearbeitet werden. Nur wenn Sie mehr und intensiver arbeiten, namentlich in der Landwirtschaft, können wir durchhalten. Wir brauchen Waren für den Export, um die Auslandsdevisen zu bezahlen zu können. Denn, meine Herren, auch die Vaterlandsliebe geht durch den Regen. Die Grenzschutz muß verschwinden und es muß für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer heißen: Du hast zu arbeiten und Du hast zu zahlen! Mit der Ruhrspende allein ist es nicht getan. Weit größere Mittel sind erforderlich. Sie müssen in erster Reihe von den Arbeitgebern in Stadt und Land aufgebracht werden. Es muß für jeden heute eine Ehre sein, möglichst viel Steuern zu zahlen. . . .

Diese Rede ist sicher um so erfreulicher, als sie den Unternehmern gerade in einem Augenblicke gehalten wurde, nachdem der Bürgerkrieg im Reichstage bei den letzten Steuerbeschlüssen alles Mögliche getan hatte, um den deutschen Kapitalisten das Steuerzahlen sehr wesentlich zu erleichtern und die von der Regierung für notwendig gehaltenen Sätze ganz erheblich zu verringern. Man wird sich daher nicht wundern, wenn die freudvollsten Ermahnungen an die deutschen Arbeiter nach diesen Erlebnissen wahrscheinlich nur eine sehr läbliche Ausnahme finden werden.

Das Gepräge aber gab der Veranstaltung eine Rede des Schwerindustriellen Kirdorf, der einst als einer der ärgsten Scharfmacher im alten Deutschland galt und der es jetzt an der Zeit hielt, einen neuen Hahnefang anzukümmern, nachdem das Lied vom Engländerhahn in Deutschland glücklicherweise ausgeklungen. So sieht der alte Mann die Welt an:

Der Haß gegen die Feinde ist die beste Möglichkeit zum nationalen Zusammenhalt. (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen.) Erfolgreich kann der Kampf nur geführt werden unter der Losung: „Haß den Feinden und Liebe zum Vaterland!“ (Erneuter Beifall.) Einigender Haß gegen die Feinde, einigender Liebe zum deutschen Vaterland!

Dem alten Herr ist vermutlich gar nicht zum Bewußtsein gekommen, daß er mit seinem Besuche dem Abwehrwillen den größten Schaden zufügen würde. Die Arbeiterschaft an der Ruhr ist empört über die Ausschreitungen des französischen Militarismus und über den Rechtsbruch, den die französische Regierung durch den Einbruch begangen hat. Aber es liegt ihr nichts ferner, als sich in öden Hahnefangen zu ergen. Sie empfindet keinen Haß gegen das französische oder belgische Volk, das nicht gleichbedeutend ist mit ihren Regierungen und das so wenig wie das deutsche einen einheitlichen Charakter trägt. Sie empfindet keine Gemeinsamkeit mit Leuten von der Ansicht Kirdorfs oder deutschen Revisionen. Sie setzt sich mit den Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen, gegen die imperialistischen Ueberfälle zur Wehr, genau so wie sie sich 1920 gegen die Rapp-Rebellen und ihre völkischen Helfershelfer zur Wehr gesetzt hat.

Bedenklicher als die Redensarten des alten Kirdorf ist allerdings die Tatsache, daß sie „stürmischen langanhaltenden Beifall“ finden konnten. Hatte der Vorsitzende Dr. Sorge alle Versuche für „Vaterlandsbeirr“ erklärt, „die Klassengegenstände zu steigern und die Ein-

handenen, von der Stadt erbauten Fundament errichtet. Bald nach der Auffüllung sind der 300 Zentner schwere Steinblock an, sich allmählich nach der Seite zu neigen und mit dem Fundament im Moorboden zu versinken. Da alle Hebeversuche bisher vergeblich waren, verschwindet das Denkmal langsam, aber sicher im Erdboden.

Schade, daß unsere Siegesallee nicht auf solchem Moorboden errichtet ist!

Elefanten besetzen das Kongoaland. Nach offiziellen Telegrammen der Kongoregierung hat in das Gebiet um den Leopoldsee ein Einfall starker Elefantenherden stattgefunden, die die Kulturlände des Gebietes verwüsten und die Ernährung der Bevölkerung gefährden. Die Elefanten haben bei ihrem Warenaufbruch zahlreiche Plantagen niedergedrückt, junge Pflanzungen völlig vernichtet und die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzt. Die Eingeborenen weigern sich, auf die Tiere Jagd zu machen, und verlassene Dörfer sind von ihren Einwohnern bereits verlassen worden.

Doch es ist bei dem Einbruch der Elefanten in das belgische Kongoaland um eine Sanktion wegen mangelhafter Kohlenlieferungen handelt, ist bei dem dortigen Klima nicht anzunehmen. Ohne Zweifel werden sich aber auch diese Viecher für ihr Vorgehen auf irgendeinen Paragraphen des Versailler Vertrages berufen können.

Die wertvolle Feder. Seitdem die Schreibfedern so teuer geworden sind, daß manche Leute kaum noch in der Lage sind, sich eine zu kaufen, kommt es uns erst recht zum Bewußtsein, wie verschwenderisch wir bisher damit umgegangen sind. Eine Schreibfeder kann man dadurch viel länger gebrauchsfähig erhalten, daß man nicht bloß vorsichtig damit umgeht (nicht zu fest darauf drücken, sie nicht zu schief halten), sondern auch sie nach Gebrauch sorgfältig abrubt. Manchmal bricht die eine Spitze infolge der Abnutzung ab; zuweilen kann man dann die andere Spitze etwas abfeilen, so daß die Feder wieder gebrauchsfähig wird, obgleich sie für keine haarförmige natürlich nicht mehr geeignet ist. Früher hat man Schreibfedern viel länger benutzt, solange sie noch teuer waren. Auch die Gänse- und Rabenfedern, die früher zum Schreiben dienten, mußten oft viele Jahre lang dienen. Leo Matins, gestorben 1667, der u. a. durch seine Ausgaben der alten Klaffler sich große Achtung bei den Philologen erworben, schrieb vierzig Jahre lang mit einer und derselben Feder, auf deren Verlust er unter Tränen eine lateinische Elegie dichtete. Um eine Feder, mit der der berühmte Jesuit Robbe seine herrlichen lateinischen Oden nieder schrieb, die Herder denen des Horaz vorzog, entstand zwischen zwei Kaisern in Nürnberg ein langer Prose, der dadurch ausgegoren wurde, daß die Streitenden um den Besitz der Feder litten. Der Gewinner bewahrte sie in einem silbernen Futteral auf. Hoffentlich kommt es nicht so weit, daß auch bei uns noch eine Schreibfeder so teuer wird, daß man sie wie einen Wertgegenstand aufbewahren muß!

Das Neue Volkstheater in der Köpenicker Straße kündigt zurzeit Leistungen „Amalia Galotti“ ein. Regie: Paul Günther.

Die Königlicher Bauverwaltung für Erdbebensicherung, die im Walde nach Hoch-Raum der Königsberg gelegen ist, wurde dieser Tage von Beschäftigten beimgelacht und dabei derart zerlegt, daß der Beobachtungsstand auf längere Zeit völlig unbrauchbar geworden ist. Die wertvollsten Bestandteile der beiden Seismographen sind, soweit sie aus Wärfeln bestanden, beschlagnahmt und die anderen Teile schwer beschädigt worden.

hellsfront zu zerstören“, so ist sich die Versammlung augenscheinlich nicht bemüht geworden, daß die Ausführungen Kirdorfs in erster Linie geeignet sind, schärfstes Mißtrauen in der Arbeiterschaft zu wecken und gerade das zu erzielen, was Dr. Sorge vermeiden wissen wollte. Wenn die Unternehmer den Mahnungen aus dem besetzten Gebiete folgen und sich zur Ehre anrechnen, möglichst hohe Steuern zu bezahlen, so werden sie damit mehr für den Ruhrkampf tun, als alle Hahnefänge es vermöchten.

Deutschlands Verbrechen und Unschuld.

Zur Rede Mac Neills.

Die Rede, die der Unterstaatssekretär des englischen Außenministers, Mac Neill, am Dienstag im Unterhaus hielt, ist in völkerrechtlicher wie in moralpolitischer Beziehung bemerkenswert. Der Unterstaatssekretär vertrat die These, daß der Einmarsch ins Ruhrgebiet als Sanktion „an sich“ keine Ungerechtigkeit sei, blieb aber die Antwort auf die Frage schuldig, ob sich das isolierte Vorgehen Frankreichs und Belgiens noch im Rahmen des Vertrags bewege. Er trug mit diesem diplomatischen Schweigen dem allgemeinen englischen Empfinden Rechnung, daß das isolierte Vorgehen einen Vertragsbruch gegenüber England bedeute; dafür aber, daß eine Kollektivaktion der Entente gegen das Ruhrgebiet keinen Vertragsbruch darstelle, konnte er sich — mit sichtbarem Vergnügen — auf die Regierung Lloyd Georges berufen, die ja selbst durch die Drohung mit einer solchen Kollektivaktion die Annahme des Londoner Ultimatus im Jahre 1921 durchgesetzt hatte.

Das sind Gesichtspunkte, die in Deutschland beachtet werden müssen. England kann nämlich wirklich die Ruhrbesetzung an sich nicht als einen Vertragsbruch gelten lassen, ohne sich selber des Vertragsbruchs für schuldig zu erklären. Wir wissen allerdings, daß England sich im Mai 1921 nur widerwillig aus tatsächlichen Gründen bis zur Drohung mit der Ruhrbesetzung mitfortziehen ließ, in der Hoffnung, sie nicht wahrnehmen zu müssen. Nach der Annahme des Ultimatus atmete man in London hoch auf. Mit ihr war England mindestens ein ebenso großer Gefallen geschehen wie Deutschland selbst, denn durch sie kam es von der französischen Seite los.

Danach war die Hoffnung einigermaßen berechtigt, England würde dafür sorgen, daß die Suppe des Londoner Ultimatus nicht so heiß gegessen werden müßte, wie sie getocht war. Diese Hoffnung läßt sich auch einigermaßen berechtigt — bis zum Scheitern der Pariser Konferenz. Jetzt erwies sich der englische Einfluß als zu schwach, um eine Erfüllungspolitik im Rahmen der wirtschaftlichen Vernunft durchzusetzen, und die französische Gewaltpolitik bekam freie Bahn.

Kann man nach solchen Vorgängen also auch ein gewisses Verständnis dafür aufbringen, daß der Unterstaatssekretär Mac Neill zwischen einer kollektiven und einer separaten Ruhraktion vorfichtig untercheidet, so verdient eine andere Beurteilung desselben Redners das gleiche Verständnis durchaus nicht. Die Bemerkung, Deutschland sei beschuldigt gewesen, eines der größten Verbrechen der Weltgeschichte begangen zu haben, und es sei zu früh, dies zu vergesen, erscheint im Licht der Gegenwart geradezu als eine Ungeheuerlichkeit. Ganz abgesehen davon, daß die deutsche Allein Schuld am Kriege eine längst abgelane Legende ist und daß die deutsche Arbeiterschaft alles tat, was in ihren Kräften stand, um auch eine Mitschuld Deutschlands am Kriegsausbruch zu verhindern, — welcher Staat ist vor dem Vorwurf geschützt, daß seine Geschichte mit ähnlichen Verbrechen belastet sei? Wo bleibt der — vielen anderen Engländern eigentümliche — Sinn für Gerechtigkeit, wenn Mac Neill von vergangenen Verbrechen des vergangenen Kaiserreichs im schriftlichen Ton der Anklage spricht und zugleich für das, was Frankreich im gegenwärtigen Augenblick verübt, kein Wort der Beurteilung findet? Es scheint, daß Mac Neill der Meinung ist, es sei wohl ein großes Verbrechen, den Kampf gegen eine Uebermacht aufzunehmen, es sei aber höchstens eine kleine, lebenswürdige Sünde, über ein entwaffnetes Volk herzufallen. Wir zweifeln nicht daran, daß in diesem Fall der Vertreter der Regierung Sr. Majestät die große Mehrheit der Engländer gegen sich hat.

Aus der Unterhansdebatte.

Nach Fertigstellung des Mittwoch-Abendvortrags gingen uns noch folgende Ergänzungen zum Unterhausbericht zu:

Gretton (Unionist) betonte, die Regierung müsse früher oder später handeln, und fragte, ob sie eine Politik der Isolierung verfolgen wolle, die zum Bruch mit Frankreich führen würde. Abgesehen von einigen Finanzsachverständigen sei man im allgemeinen außerhalb des Hauses der Meinung, daß Frankreich im Rechte sei und daß Deutschland zu Verhandlungen gezwungen werden würde. Thomas (Arbeiterpartei) hob hervor, daß

kein Redner zugunsten der Politik der Regierung gesprochen habe; Frankreichs Vorgehen treibe die deutschen Arbeiter, die sich dem alten militaristischen System widersetzen hätten, in das entgegengesetzte Lager.

Roberts (Liberal) erklärte, das Ergebnis der Schritte, die jetzt getan werden seien, werde ein großer Krieg sein, durch den die europäische Zivilisation vernichtet werden würde.

Davison (Unionist) führte aus, Frankreich habe nur das getan, was auch nach der Ansicht Lloyd Georges das richtige Verfahren gewesen wäre, in dem Fall, daß Deutschland mit seinen Leistungen in Verzug gerate.

Asquith sagte weiter, die von Frankreich gewählten Methoden gingen weit über alles hinaus, was Poincaré im vergangenen Sommer — er wolle nicht sagen versprochen — aber in Aussicht genommen habe. Sie fügten

den Engländern sehr ernstlichen Schaden

zu, brächten keine Reparationen ein und förderten auch nicht die Sicherheit. Sie entsicherten im Gegenteil die Lebenskraft und führten, wie die letzten Tage gezeigt hätten, zu Blutvergießen und Vergeltungsmahnahmen. Wenn es jemals Pflicht der britischen Regierung gewesen sei, eine Politik zu haben und diese mit Kraft und Entschlossenheit zu verfolgen, so sei dies jetzt der Fall. Es könne kein Zweifel darüber herrschen, daß diese Frage im höchsten Grade dringend sei. Sie müsse unversöhnlich an den Völkerverbund verwiesen werden, zu dessen Befugnissen es gehöre, einen Verteilungspakt zwischen seinen Hauptmitgliedern zu schaffen, der Frankreich gegen die Gefahren schützen würde, die aus dem Mangel seiner Grenzen an Schutz entstehen könnten.

Der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Mac Neill

erklärte im Namen der Regierung, gewissen Mitgliedern des Hauses schienen einige grundlegende Tatsachen der Lage entschlüpfen zu sein.

Deutschland sei im Verzuge

und sei beschuldigt gewesen, eines der größten Verbrechen begangen zu haben, die je gegen die Menschheit verübt worden seien. Es sei zu früh, um dies zu vergessen. (Beifall der Regierungspartei.) Nach der bereits gemeldeten Freundschaftsversicherung für

Frankreich sagte der Redner: Die Meinungsverschiedenheit mit Frankreich sei nicht eine solche der Grundsätze, sondern eine der Methoden. Wenige Leute würden der Ansicht sein, daß der Einmarsch ins Ruhrgebiet als Sanktion für eine Veräußerung gegenüber dem Vertrage an sich eine Ungerechtigkeit darstelle. Vor zwei Jahren habe Lloyd George im Hause gesagt, er habe der deutschen Regierung mitgeteilt, daß, wenn sie nicht innerhalb einer Woche den neuen an sie gestellten Forderungen nachkomme, England sich Frankreich bei einer Besetzung des Ruhrgebiets anschließen würde. Sir John Simon habe die sehr ernste Frage gestellt, ob die Regierung der Ansicht sei, daß die Franzosen durch die Besetzung des Ruhrgebiets den Versailler Vertrag verletzt hätten. Er, Mac Neill, sehe nicht ein, warum die Regierung diese Fragen beantworten solle. Welchem guten Zweck würde gedient, wenn die Regierung öffentlich möglicherweise durch den Mund ihrer Rechtsbeamten die Ansicht ausdrücken würde, daß ihre Alliierten den Vertrag verletzt hätten, falls sie der Ansicht der Rechtsbeamten sei.

Sir John Simon unterbrach hier mit der Bemerkung, es sei eine sehr ernste Frage, ob der Vertrag, an dem verschiedene Länder teilgenommen hätten, genau beobachtet werde, und es gebe ein internationales Obergericht, das ausdrücklich den Zweck habe, darauf zu achten, daß die Verträge richtig angewandt und richtig ausgelegt werden. (Beifall bei den Liberalen.)

Mac Neill erwiderte, wahrscheinlich seien die französische, die belgische und die italienische Regierung der Ansicht und wahrscheinlich seien sie auch in diesem Sinne von ihren Juristen beraten worden, daß sie auf Grund des Vertrages so handeln dürften. Es treffe nicht zu, daß das britische Heer jetzt umzingelt sei und keine Verbindung mit dem unbesetzten Deutschland habe. Hinsichtlich der Wirkung der Ruhrproklamation auf den britischen Handel habe die Regierung von Zeit zu Zeit Vorstellungen erhoben, um eine erträglichere Lage herbeizuführen. Die französischen und die belgischen Behörden hätten sich aufs äußerste bemüht, die Lage für den britischen Handel zu erleichtern.

Die Einrichtung des Völkerverbundes wurde noch nicht fest genug in den Gedanken

der Völker, und er könne sich sehr auf den Fall vorstellen, daß die erste Wirkung eines Versuches, die Maschinen des Völkerverbundes in Betrieb zu setzen, seine Zertrümmerung herbeiführen würde. Erst vor drei Wochen habe Poincaré erklärt, daß die französische Regierung kein Vermittlungsangebot annehmen könne und sich auf keine indirekten Verhandlungen mit der deutschen Regierung einlassen werde. Von Amerika seien, wie bekannt, Anregungen ausgegangen, in denen zum Ausdruck gebracht wurde, daß, wenn eine Unterstützung der Vereinigten Staaten in dieser Frage begründet wäre, sie sie gerne gewähren würden, aber dieses Angebot sei keinem Entgegenkommen begegnet und damit würde jeder Versuch, den Völkerverbund in Bewegung zu setzen, ein vollkommen zwecklos und gefährlicher Schritt sein. Die Regierung sehe gegenwärtig keinerlei Hoffnung.

durch die Maschinen des Völkerverbundes oder durch irgendeine internationale Konvention eine neue Politik einzuschlagen, die der geäußerten Kritik entgegenkommen würde.

Auch Konservative wollen Klarheit.

Paris, 14. März. (W.B.) Der Londoner Korrespondent des „New York Herald“ erzählt aus hochhehenden Kreisen, in der konservativen Partei bestehe eine starke Strömung, die, selbst wenn das Eingreifen des Völkerverbundes in der Ruhrfrage noch verfrüht sei, dahin treibe, daß die Regierung Frankreich um die Bekanntheit seiner Zukunftsabsichten hinsichtlich des Ruhrgebiets ersuche. Dieser Ansicht seien sogar auch eine Anzahl der Minister. Lord Derby und einige unabhängige Konservative des Kabinetts seien dagegen. Trotz alledem habe man angesichts der Abstimmung im Unterhause gestern angenommen, daß sich ein Schritt dieser Art nicht mehr lange werde aufschieben lassen.

(Die Antwort auf solche Fragen hat ja Herr Sauerwein schon aus Brüssel gemeldet: Natürlich denken die Ruhrherrschler an nichts als an Reparation und Sicherheit! Red.)

Lloyd George und die Arbeiterpartei.

London, 14. März. (W.B.) Bei einem Frühstück national-liberaler Unterhausmitglieder hielt Lloyd George eine Rede, in der er nachdrücklich die Notwendigkeit der Wiedervereinigung der Liberalen betonte. Ohne eine solche würde die Partei gelähmt sein. Es habe in der letzten Zeit keine Regierung gegeben, die so schnell und so vollständig ihr Prestige verloren habe. Wenn die Liberalen sich nicht wieder vereinigen, so würden sie denselben Weg gehen. Die Politik der Regierung habe die revolutionären Elemente im Lande gestärkt. Die Liberalen seien keine Feinde der Arbeiterpartei, sondern hätten nur beschlossen, die revolutionären Elemente innerhalb der Arbeiterschaft zu bekämpfen. Bezüglich der gegenwärtigen Lage auf dem Festlande sagte Lloyd George, ihre Fortdauer werde Europa unvermeidlich ins Unglück stürzen.

Amerika und die Ruhraktion.

New York, 14. März. (W.B.-Funkspruch.) Die „New York Tribune“ aus Washington meldet, wurde der Vertreter des nationalen Ausschusses der Importeure und Großhändler David Walker vom Staatsdepartement davon in Kenntnis gesetzt, daß ein jeder Fall unterschiedlicher Behandlung amerikanischer Käufer deutscher Waren durch französische Behörden im Ruhrgebiet, der zur Kenntnis des Staatsdepartements gelange, gründlich untersucht werde, und daß Schritte getan würden, um die Verschiffung der Waren zu erreichen. Ein formeller Protest werde bei der französischen Regierung jedoch so lange nicht eingeleitet werden, bis man die Ueberzeugung gewonnen habe, daß Frankreich Amerika gegenüber zu Unrecht eine unterschiedliche Behandlung habe eintreten lassen.

Theologiestudierende und Theologieprofessoren haben gemeinsam an den Präsidenten Harding einen Brief gerichtet, in dem sie ihre Bedauern über die Besetzung des Ruhrgebietes aussprechen und erklären, die französische Politik sei moralisch nicht zu rechtfertigen und politisch ungesund, es sei die moralische Pflicht des amerikanischen Volkes, sich am Wiederaufbau Europas mit allen Kräften zu beteiligen.

Rußland gegen Annexion Ostgaliziens.

Chartow, 13. März. (W.B.) Die Ukraine hat der englischen, der französischen und der italienischen Regierung eine Note übermittelt, in der gegen jede ohne ihre Beteiligung zustandgekommene Entscheidung über das Schicksal der Gebiete, die an die Ukraine unmittelbar angrenzen, kategorisch protestiert wird. Die ukrainische Regierung halte es für ihre Pflicht, schon jetzt zu erklären, daß sie eine jede Ordnung, wie sie auch beschaffen sein möge, die in Ostgalizien ohne ihre vorherige Zustimmung und ohne die Einwilligung der Bevölkerung selbst getroffen werde, als null und nichtig ansehen wird.

Die Not der Presse.

Der Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft beschloß als Ergänzung zur Ausführung der bereits verabschiedeten Gesetze über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Not der Presse einen Berordnungsentwurf festzustellen, in dem bestimmt wird, daß auch die offiziellen Organe der gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Berufsvertretungen und der kommunalen Spitzenverbände unter gewissen Bedingungen der Vorteile des Gesetzes teilhaftig werden sollen.

Gewerkschaftsbewegung

Was die Metallindustriellen wollen.

Die Unternehmer gehen jetzt mit der Behauptung hafteren, daß die Marktstabilisierung gefährdet, wenn nicht behindert würde, wenn die Löhne erhöht würden. Diese lahmgelegene Behauptung will der Öffentlichkeit einreden, daß es die Löhne seien, die die Preise in die Höhe getrieben haben, und zwar derart, daß wir jetzt das Niveau der Weltmarktpreise erreicht, teilweise sogar überschritten haben. Nun haben wir ja bereits wiederholt darauf hingewiesen, daß der Lohn des deutschen Arbeiters nur einen Bruchteil des Lohnes des Arbeiters im Auslande ausmacht. Es ist also eine plumpe Unwahrheit zu behaupten, die Löhne seien schuld an der Preissteigerung und eine Anpassung der Löhne an die Teuerung würde die Marktstabilisierung gefährden. In welchem Verhältnis die Löhne zu den Preisen im abgelaufenen Jahre immer mehr zurückgingen, geht aus einer Ausstellung über das Verhältnis der Löhne und Verkaufspreise im Jahre 1922 hervor, die wir der „Sozialen Bauwirtschaft“ entnehmen. Diese Entwicklung war folgende:

Monat und Jahr	Die Preise für Bau- stoffe waren gestiegen um das	Die Löhne waren gestiegen um das
Januar 1922	28 Tage	18 Tage
Februar 1922	82	19
März 1922	42	23
April 1922	55	28
Mai 1922	68	34
Juni 1922	82	41
Juli 1922	97	49
August 1922	133	59
September 1922	271	103
Oktober 1922	478	148
November 1922	766	236
Dezember 1922	1504	400
Januar 1923	2669	645
Februar 1923	3850	1270

Diese Entwicklung, wobei die Roh- und Halbfabrikate unverhältnismäßig hinaufgetrieben wurden und die Löhne immer mehr zurückblieben, ist keineswegs eine Erschließung, die sich auf den Baustoffmarkt beschränkt. So beschloß die kürzlich der wirtschaftliche Ausschuss des Reichswirtschaftsrates mit einem Antrag der Verbände der Papierverarbeitung auf Aufhebung des Verbotsschlusses für Zellstoff, Papier und Papp ausländischen Ursprungs, um dadurch eine Preisreduzierung zu erzielen. Trotz der niedrigen deutschen Löhne sind heute die ausländischen Zellstoffpreise frei deutscher Häfen 8 bis 50 Proz. unter den deutschen Preisen. Der Vertreter der Zellstoffindustrie gestand selbst ein, daß die Löhne nur sechs Prozent des Preises ausmachen. Dieses Eingeständnis verdient unterstrichen zu werden. Es zeigt uns schlagender Deutlichkeit, was von den Behauptungen zu halten ist, daß eine Anpassung der Löhne an die Teuerung eine neue Preiswelle hervorrufen würde.

Wenn die Berliner Metallindustriellen den unzureichenden Schiedsspruch ablehnen, so gibt es dafür nur eine Erklärung: Sie wollen einen Streik der Metallarbeiter propagieren, ganz gleich, welche Folgen ein solcher Streik haben müßte. Sie hoffen, durch einen solchen Streik die Preise halten zu können, bzw. durch die Unruhe, die diese wirtschaftlichen Kämpfe hervorrufen würden, einen neuen Marktsturz zu veranlassen, um dadurch ihre Vorteile mit mehr Gewinn abstoßen zu können. Unter der Maske der Bemühungen der Regierung zur Stabilisierung der Mark zu unterstellen, ist ihr Bestreben in Wirklichkeit nicht anderes als eine Sabotage dieser Stützungsaktion.

Es ist selbstverständlich, daß unsere Kommunisten dabei den Arbeitern zu Hilfe kommen. So schreibt die „Rote Fahne“ in ihrer letzten Nummer: „Die Unternehmer soll-tun darauf, daß nach ihrer Drohung und nach einer reinen Verhandlungsfantasie die Metallarbeiter die 15 Proz. des Schiedsspruches schänden werden. Dieses Mandat muß durchkreuzt werden. Die neue Propaganda der Unternehmer muß sofort mit dem Kampf beantwortet werden.“ Also die Unternehmer haben den Schiedsspruch nur deshalb abgelehnt, um ihn anzunehmen. Und um die Annahme dieses Schiedsspruches durch die ablehnenden Unternehmer zu verhindern, muß sofort ein Streik erklärt werden. Wir halten den Redakteur der „Rote Fahne“, der den Metallarbeitern diese strategischen Lehren gibt, nur für dumm. Wenn ihr die Unternehmer mit den Vertretern ihrer Interessen beauftragt hätte, könnte er jedenfalls nicht anders schreiben. Auf demselben Blatt steht das Geschrei über die angeblichen Massenaustritte im Deutschen Metallarbeiterverband. Daß der Metallarbeiterverband jetzt weniger als je es zulassen kann, daß gewisse Organisationsstörungen den Kampf der Metallarbeiter zu sabotieren versuchen, versteht sich von selbst. Aber die Berliner Disziplinierung des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist sich ihrer Verantwortung zu sehr bewußt, um nicht von Maßnahmen Abstand zu nehmen, die nicht im Interesse der Organisation und der einheitlichen Kampfführung dringend erforderlich sind.

Weber die „Rote Fahne“, noch die Metallindustriellen können die Tatsache verwischen, daß es die Berliner Metallindustriellen allein sind, die bewußt auf die Propagierung schwerer wirtschaftlicher Kämpfe hinarbeiten, die bewußt die Stützungsaktion der Reichsregierung sabotieren und die dabei einzig und allein von einer kurzfristigen, der Volkswirtschaft gefährlichen Gewinnlust geleitet sind.

Die Forderungen der Beamten.

Vom Ortsausschuß Groß-Berlin einberufen, tagte am Dienstagabend eine öffentliche Beamtenversammlung in den „Sophienhallen“, die sehr stark besucht war. Auf der Tagesordnung stand die Frage: „Wer sabotiert das Mitbestimmungsrecht der Beamten im Reichstag?“ Referent war Reichstagsabgeordneter Genosse Breunig. Der Redner wies zunächst auf die in der Verfassung festgelegten Grundrechte für die Beamten hin, die heute leider noch ihrer Erfüllung harren. Ein Teil sei sogar umstritten, ein anderer noch im Stadium der Erwägungen hinsichtlich der Demokratisierung der Verwaltung sei zu lassen, daß

das, was heute als Demokratisierung hingestellt werde, wenig damit zu tun habe. Der Redner ging dann näher auf die dem Reichstagsausschuß unterbreitete Vorlage eines Gesetzentwurfes näher ein und hob hervor, daß diese in einem einzigen Zusammenhang mit dem Beamtenrecht im allgemeinen stehe. Sollte das Gesetz fruchtbringend wirken, so müßte es die Beamten als Arbeitnehmer erfassen. Weiter wies der Vortragende auf die Gegenläufige hin, die im Wer-Ausdruck bestehen. Man versuche

die Beamtenhaft zu trennen

und so das Gesetz zu entwerten, indem man den Beamten der Betriebsverwaltungen nicht das gleiche Recht, wie denen der Betriebsverwaltungen geben wolle. Man befürchtet, daß die Gewährung des gleichen Rechts zur Zeitvermehrung des Berufsbeamtenstandes führen würde. Gegen eine solche Trennungslinie müßte entgegengesetzte Stellung genommen werden. Nur wo der Beamte als Vertreter des Arbeitgebers in Frage komme, könnte eine Abweichung erfolgen. Die bürgerlichen Parteien und auch hervorragende Vertreter des Deutschen Beamtenbundes versuchen dem Gesetz eine Gestaltung zu geben, die nicht im Interesse der Beamtenhaft liegen kann. Man möchte auch die Kandidatenscheidungen und die außerplanmäßigen Beamten dem Gesetz nicht unterstellen. Zum Teil ist es den Vertretern der sozialdemokratischen Parteien gelungen eine Verschlechterung des Gesetzes abzuwehren. Sie werden sich auch ferner mit aller Energie dafür einsetzen, daß das Mitbestimmungsrecht nicht zu einem leeren Wort wird.

Die sozialdemokratischen Forderungen

sind zusammengefaßt folgende:
Einheitliches Beamtenrecht auf der Grundlage eines einheitlichen Arbeitsrechts;
Ein angemessenes, weitgehendes Mitbestimmungsrecht in allen Fragen des Dienstverhältnisses, gesichert durch Rechtsgarantien (Betriebsverfassung, Arbeitsordnung usw.);
Gleichberechtigte Mitwirkung in der Betriebsleitung und Wirtschaftsführung der Wirtschaftsbetriebe;
Ein Schlichtungs- und Schiedsverfahren für Schlichtung und Streitigkeiten;
Schutz und Immunität für die Beamtenvertretung.

Am Schluß seines Vortrages betonte der Redner, daß der Beamte nicht das Objekt der hohen Konzentration bleiben und nicht auf das Wohlwollen angewiesen sein dürfe, sondern sein Recht zu verteidigen habe. (Beifall)

An der folgenden Diskussion beteiligten sich von kommunistischen Gesichtspunkten aus Kofenders, ferner Meurer, Morath, Thieme und die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Gormann und Runkler.

Nach Schluß der Diskussion wurde eine Entschließung angenommen, in der im wesentlichen gefaßt wird:

„Die Veranlassung protestieren nachdrücklich gegen die endlose Verschleppung des Beamtenrechtegesetzes und stellen mit Empörung fest, daß die Vertreter der bürgerlichen Parteien in der 2. Lesung Berichterstatterinnen beantragt und beabsichtigen, sowie die von den Ep-gewerkschaften der Beamten, darunter auch vom Deutschen Beamtenbund, zum Beamtenrechtegesetz aufgestellten berechtigten Forderungen niedergerichtet und dadurch wichtige Interessen der deutschen Beamtenhaft verletzt haben. Die Veranlassung spricht den Vertretern der bürgerlichen Parteien, insbesondere denjenigen Abgeordneten, die gleichzeitig dem Deutschen Beamtenbund als Mitglieder angeschlossen, ihre schärfste Mißbilligung aus. Sie verlangen Ergänzung der Regierungsvorlage durch die von der SPD. gestellten Anträge, die auch vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund geordert werden.“

Die Veranlassung erweist die Vermählungen der sozialdemokratischen Partei im Reichstagsausschuß an und erwartet von der SPD, daß sie den beschriebenen Weg ungetrübt weitergeht und die von dem Referenten angelegten Grundzüge bei der Reform und Reorganisation des Beamtenrechtes mit Nachdruck verteidigt. Hierauf berichtete Dr. Köllner über den

Stand der Lohnbewegung.

Aus einer neuen Gehaltsanfrage für März sei nichts geworden. Aber die Regierung wolle Rücksicht haben. So in der nächsten Woche für die Arbeiter in den Reichs- und Staatsbetrieben einen doppelten Wiederlohn. Ten Ansochster solle die Forderung gestellt werden. Die erst am Ende des Monats fällig wäre, und den Beamten wolle man die Vergütung im voraus gewähren, die sie sonst am 1. April erhalten würden.

Die Reichsversammlung stimmte einbezüglich einer Entschließung zu, in der statt des Vorschlusses eine Gehaltsanfrage verlangt und weiter gefaßt wird, daß sie sich im Kampf gegen den verheerenden Gehaltsabbau durch Vorkämpfe mit der Arbeiter- und Angestelltenchaft solidarisch erkläre.

Lohnbewegung der Zimmerer.

Die Tagelöhnerversammlung der Zimmerer am Dienstag hat dem Ergebnis der Verhandlungen vor dem Mobilisationskommissionar zugestimmt. Somit betrug der Lohn vom 2. bis 14 März 1820 M., und vom 15. bis 31. März 1800 M. pro Stunde. Die Werkzeugentlohnung erhöht sich ab 15. März auf 20 M. pro Stunde. Der erhöhte Lohn kommt erstmalig am Freitag, den 16. März, zur Auszahlung.

Das Resultat der Vorstandswahl vom 11. d. M. ist folgendes:
1. Vorsitzender: W. H. Reichelbacher, 2. Vorsitzender: Reinhold Aranz;
1. Kassierer: Friedr. Weißow, 2. Kassierer: Max Dein; 1. Schriftführer: Herm. Gump, 2. Schriftführer: Karl Vedrens; Referenten: Adolf Jhm, Robert Schäfer; Kontrolleure: Fritz Prange, Carl Schrön.

Vorschusszahlungen für die Angestellten in den Verwaltungen und Jubilationsgeschäften. Auf Grund einer Vereinbarung ist, wie uns der Zentralverband der Angestellten mitteilt, den Angestellten generell in diesen Vertrieben am 15. März eine Kontozahlung auf das Märzgehalt in Höhe von 50 Proz. des Februargehaltes auszusahlen.

Die Gewerkschaften Norwegens beschloßen auf ihrem Landeskongress gegen 29 Stimmen aus der Amsterdamer Internationale auszuscheiden. Der Vorschlag des Sekretariats, die Frage des Anschlusses an die Moskauer Internationale zu erwägen und durch

Urabstimmung mitzuteilen zu lassen, wurde mit 121 gegen 64 Stimmen angenommen. Die Minderheit war dafür, daß die Frage durch einen Ausschuss untersucht und die Entscheidung bis zum nächsten Kongress aufgeschoben werde.

Das skandinavische Zusammenwirken ist damit für verschiedene Berufsorganisationen in Frage gestellt, da die dänischen und schwedischen Gewerkschaften nicht daran denken, dem Beispiel des kleinen Bruders zu folgen. Ebenso wird die internationale berufliche Verbindung für eine Reihe von Verbänden durch diese Beschlüsse in Frage gestellt. Auf das Ergebnis der Urabstimmung darf man gespannt sein, wenngleich es kaum zweifelhaft ist, zumal da die Agitation für Moskau nunmehr mit Hochdruck einsetzen wird.

DDP-Vertrauensleute im Deutschen Metallarbeiterverband. Es ist unbedingte Pflicht aller Vertrauensleute, die Vorstandskonferenzen, die heute stattfinden, reiflich zu besuchen. Es ist unbedingt erforderlich, daß unsere Genossen bei der Stellungnahme zur Neuwahl der Vertrauensleute auf dem Höhepunkt sind.
Der Fraktionsvorsitzende:
Eisenbahner! Freitag, den 16. März, abends 6 1/2 Uhr, in der Brauerei Pfefferberg, Schönhauser Allee 176 (Nähe Alexanderplatz), wichtige Sitzung aller im DDP organisierten DDP-Vertrauensleute. In Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung, da die Spaltung im DDP von der SPD mit allen Mitteln betrieben wird, ist es Pflicht eines jeden Genossen, unbedingt zu erscheinen. Jeder Genosse möge darauf hinwirken, soweit er mit den übrigen Vertrauensleuten in Verbindung kommt, daß alle zu dieser Sitzung erscheinen. Wichtiges Material wird ebenfalls dort ausgegeben. Partei- und Mitgliedsbuch des DDP sowie große Anwesenheitskarte legitimieren. Genossen des Ausschusses treffen sich eine Stunde vorher.
Der Vertrauenslehre

Deutscher Metallarbeiterverband. Alle in der Goldschmied- und Schmiedindustrie beschäftigten Metallarbeiter haben Freitag abends 6 Uhr Versammlung im Marxhaus, an der Weidenstraße, Nähe Reichstagsgebäude. Tagesordnung: „Stellungnahme zum Schiedsspruch“.

Deutscher Verkehrsband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Heute Donnerstag abends 7 Uhr im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 24-25, ordentliche Generalfammlung. Wichtiges Erscheinen aller Delegierten ist unbedingt notwendig. Mitgliedsbuch und Legitimationskarte bringen als Ausweis. Die Bezirksverwaltung.

Zentralverband der Angestellten. Schöneberg-Friedenau. Mitglieder-Versammlung Freitag abends 7 1/2 Uhr Restaurant zum Voten, Schöneberg, GutsMuthsstraße 1.

Deutscher Metallarbeiterverband. Bergerhof und Rahmenmacher. Heute nachmittags 5 Uhr in der Versammlung über in der Branche beschäftigten Arbeiternehmer in den Andross-Häusern, Androssstr. 21. Ohne gewerkschaftlichen Ausweis kein Zutritt.

Zentralverband der Metallisten und Feiler. Deutscher Metallarbeiterverband. Versammlung der Metallisten Metallarbeiter Groß-Berlins am Freitag abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24-25, Saal 1. Tagesordnung: 1. Die zu bildende Föderation G. m. b. H. und die damit verbundenen Lohn- und Arbeitsbedingungen der Metallarbeiter. 2. Diskussion.

Aus der Partei.

Der holländische Frauentag.

In Holland fand am 11. März ein Frauentag statt, einberufen von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und dem Bund sozialdemokratischer Frauenklubs. In 18 Städten wurden große Versammlungen abgehalten. Diese wurden einberufen, weil im April und Mai die Frauen zum erstenmal ihr Wahlrecht für Landtag und Gemeinderat gebrauchen werden.

Parole war: Gegen Reaktion und Krieg, für den Sozialismus! Überall wurde gegen die Bekämpfung des Ruhrgebietes protestiert, und folgende Resolution wurde angenommen:

Die Versammlung spricht ihre Sympathie und Bewunderung für die Aktion der deutschen Arbeiter aus, welche durch gewaltlosen Widerstand den Kampf gegen die Gewalt der Fremdherrschaft führen, gleichzeitig dem Nationalismus im eigenen Lande unerschütterlich gegenüberstehen, hiermit eine Haltung einnehmen, die neu ist in der Weltgeschichte und ein Beispiel geben, wie man den ökonomischen Streit wider militärische Gewalt führen kann. — Die Versammlung protestiert energisch gegen die Ablehnung der Behandlung der Interpellation Trostra in der Zweiten Kammer, welche von der holländischen Regierung die Verankerung erlangen sollte, daß diese als Mitglied des Völkerbundes keine Gelegenheit zur Förderung einer friedlichen Beendigung des Konfliktes im Ruhrgebiet vorübergehen lassen wird. Die Versammlung ruft die Frauen der Arbeiterklasse Hollands und alle, die Europa vor dem sich nähernden Untergang behüten wollen, auf, die sozialistische Arbeiterbewegung in ihrem hartnäckigen Kampf wider den Militarismus und Imperialismus zu unterstützen.

Erhöhung der Parteibeiträge. Der Bezirk Niederrhein hat die Parteibeiträge für den Monat April auf 250 Mark pro Woche für Männer und 50 M. Grundbeitrag für Frauen festgelegt. In letzterem kommt noch der Betrag für die „Gleichheit“ hinzu, die im Bezirk obligatorisch geliefert wird.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Dieter Schiff, Berlin; für Anzeigen: Ed. Glöck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Sauer u. Co., Berlin. Einband: S. Glöck, eine Verlags- und Unterhaltungsbeilage „Gleichheit“.

DUNLOP

CORD

Im Gebrauch die billigste Bereifung

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Sie husten nun schon wochenlang
und haben immer noch nicht das richtige Mittel dagegen gefunden. Wie einen Husten, aus 50 Gramm echten Japagosirup durch Aufschauen mit 1/2 Liter Wasser, ein preiswerte, prompt wirkende Hausmittel leicht herzustellen. Dieser Japagosirup ist sicher erhältlich in allen Apotheken.

WILKING

SEIFE

ist von stets gleichbleibender Güte und Beschaffenheit. Sunlicht Seife schont die Wäschefaser, spart Zeit, Geld und Arbeit.

Die beste Seife für den Haushalt.

M.F.K.

Der Prozeß der Giftmischerinnen.

Tragödien des ehelichen Zusammenlebens.

Der von psychologischen Rätseln und sozialen Problemen strotzende Prozeß der des Giftmordes angeklagten Frauen verlangt eine kurze Zusammenfassung der bisherigen Verhandlungsergebnisse. Es soll durch die nachfolgende Betrachtung unseres K-Berichterstatters der Versuch gemacht werden, eine Anregung zum Verständnis der verwickelten Seelenzustände der Angeklagten zu geben.

Im Kampfe um den Sinn und die Bedeutung der Briefe hat der Schlußakt dieses allzu menschlichen Dramas seinen Gipfelpunkt erreicht. Die Zeugnisaussagen, wie immer der unvermeidliche Nebel der Urteilsfindung, schillerte in allen Regenbogenfarben von Wahrheit und Dichtung. An den Briefen aber, diesen menschlichen Dokumenten vom tiefsten Seelenpein und heißtem Verbrecherwahn, zerfielen alle künstlichen Deutungen und raffinierten Lüftleien. Sie führten eine bereite Sprache von hingebender Liebe zweier Frauen zueinander, von ihrem unbändigen Haß zu den brutalen Männern, von bald planvoll herbeigeführten, bald krankhaft ungeduldig ersehntem Verbrechererfolg. Unter der Bucht dieses selbst gelieferten Anlagematerials, das nicht für ein fremdes, geschweige feindseliges Auge bestimmt war, stürzte das von unerfahrenen Händen gesponnene Lügengewebe ihrer Selbstverteidigung zusammen. Im Gegenstoß zu der Frau Klein, die zugibt, den Tod ihres Mannes gewünscht zu haben, bestreitet Frau Rebbe nach wie vor, ihrem Mann dasselbe Schicksal bereitet zu haben. Alles, was in ihren Briefen dahin ausgelegt werden könnte, soll nur den Zweck gehabt haben, die Frau Klein in ihrem Vorstoß zu bekräftigen. Dem gleichen Zwecke soll auch die stete Erwähnung ihrer Mutter als Mitwisserin gedient haben. So wird der eindeutige Inhalt der Briefe doppeldeutig und zweifelhaft. Festgelegt in diesem ausgewählten Boden der Tiefenpsychologie bleibt nur die Tatsache des zerrütteten Ehelebens der Angeklagten. Aus seiner Misere und vor den tierisch-rücksichtslosen Männern, für die die Frauen nur ein Gefäß für Geschlechtsbefriedigung war, flüchteten sie einander in die Arme, um Trost und Liebe zu finden. Der konfliktswangere Boden ihrer krankhaften Liebe gebar das ungeliebte Verbrechen, das sie nun zugrunde richtet. Künstlich gezeichnete Beschränktheit und geistige Interessierlosigkeit der Frau, durch Tradition und Gesetz geformte eheliche Anwartschaft, Unverständnis der Eltern gegenüber ihren Kindern, Brutalität des „Herrn der Schöpfung“, des Mannes im ehelichen Leben, bildet den sozialen Hintergrund des Dramas. So werden die Frauen „schuldlos schuldig“. Das entscheidende Wort gehört in diesem Falle nicht so sehr der Psychiatrie, als der Sexualpathologie, dieser jungen Wissenschaft, die um ihre Daseinsberechtigung noch schwere Kämpfe auszufechten hat. Was war es, das das Hirn und die Hand der Angeklagten leitete: Haß gegen die Männer und die blinde Leidenschaft zueinander. War es neue „Annatur“, in die sie sich vor der Unnatur ihrer Männer flüchteten? Oder war es ihre Natur, die sie aneinander erkannten. War das Verbrechen die logische Folge planvoller Ueberlegung oder schloß das durch unbewusste Kräfte eingeleitete Bewußtsein der Frauen die erste Bedingung für die überlegte Handlung — die Vorstellung von den Folgen der Tat auf? Konnte nicht der von sinnlicher Lust gepährte Trieb einen dauernden Rauschzustand erzeugen, wo beiden im Blendlicht der erlebten Vereinigung mit dem geliebten Wesen alle sittlichen und geistlichen Hindernisse unterlauchten? Liegt man doch in den Briefen den schier unmöglich scheinenden und doch gar nicht selten in ähnlichen Fällen ausgesprochenen Wunsch, einander zu „heiraten“. Der wissenschaftliche Forscher der weiblichen Homosexualität, Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld, der Praktiker auf dem Gebiete sexualpathologischer Erscheinungen, Kriminalinspektor Dr. Kopp, die erfahrenen Seelenärzte Prof. Dr. Leppmann und Dr. Juliusberger, werden keinen leichten Stand haben.

Der § 51 des Strafgesetzbuchs, der Unzurechnungsfähigkeit nur bei Vorhandensein einer krankhaften Störung der Geistestätigkeit, durch

die freie Willensbestimmung ausgeschlossen ist, anerkannt, wird hier, wie auch in vielen Fällen, eine schwere Prüfung zu bestehen haben. Das Strafgesetzbuch verkennt die mannigfaltigen psychischen Grenzzustände. Wenn ist es gegeben, in die tiefsten Tiefen der menschlichen Seelenqual hinabzusteigen und die Grenzen von Geistesgesundheit und Geisteskrankheit, Natur und Unnatur mit trefflicherer Hand zu ziehen? Laien, geschworenen Richtern wird die Verantwortung zugemutet. Sie, die Männer, werden über Frauen-schicksale entscheiden müssen, und keine Frau steht ihnen zur Seite, trotz des Befehles, das die Teilnahme der Frau als Geschworene vorsteht. Die Psychologie, bisher die Wissenschaft der Männer, kennt kaum den Mann, geschweige die Frau. Um das Rätsel des Seelenlebens dieser beiden Frauen zu lösen, bedarf es fein empfindlicher Ohren und Augen. — Was ist hier Wahrheit und was Lüge, was Verbrechen und was Krankheit?

Das Gift, das die Frauen ihren Männern eingaben, werden die Sachverständigen mit ihren wissenschaftlichen Methoden leicht feststellen. Wer aber wird die Menge des Giftes wägen, das die Natur diesen Giftmischerinnen auf ihren Lebenswegen mit ins Blut gegeben hat?

Die gestrige Verhandlung.

Im weiteren Verlauf des Prozesses gegen die des Giftmordes angeklagten Frauen erklärte Dr. Juliusberger es für auffällig, daß die Angeklagte Klein immer wieder betont habe: „Wenn ich doch bloß bei dir wäre“, und daß sie auf der anderen Seite immer nur kleinere Dosen Gift gegeben habe. Der Sachverständige bittet, die Angeklagte zu fragen, weshalb sie nicht auf einmal das Gift gegeben und Schluß gemacht habe. Die Angeklagte Klein bleibt auf diese Frage die Antwort schuldig.

Sehr bezeichnend ist folgende Stelle in einem Brief: „Ich träumte letzte Nacht, Klein sei gestorben. Durch den Schreck wachte ich auf, sah nach Klein und das Schwein lebte noch.“ Weiter werden Briefe vorgelesen, die davon sprechen, daß nun die befürchtete „dicke Luft“ eingetreten sei und daß die Klein den Rest des Giftes in den Abort geworfen habe. Sie bebauert das aber hinterher, wie sich aus anderen Briefen ergibt. Die Angeklagte Klein bestreitet, daß sie zum zweitenmal vom Drogisten Weber Pulver erhalten habe. Es werden ihr aber Briefe vorgehalten, in denen sie frohlockt, daß sie neues Gift erlangt hat und erklärt, daß er nun nicht mehr auf die Beine kommen werde. Der Frau Rebbe wird folgender Brief vorgehalten: „Bleibe hier und halte aus, mein Lieb. Es dauert nicht sehr lange. Dann besorge ich dir noch mehr von dem Zeug. Und dann warie du die Gelegenheit ab, bis er wieder besessen nach Hause kommt. Dann gib ihm gleich soviel, daß er nicht mehr hochkommt. Wenn wir nachher wissen, wo die Schute sind, dann haben wir Ruhe und es kann uns dann keiner mehr unser Glück zerstören.“ Am 1. April 1922 ist dann Klein ins Krankenhaus gekommen und bald darauf von seinem Leiden erlöst worden. Als die Angeklagte von dem Tode ihres Mannes erfuhr, schrieb sie sofort: „Vor allem muß ich dir die freudige Mitteilung machen, daß Klein für immer eingeschlossen ist. Vor den Leuten tue ich, als ob ich mich gräme, im Innern freue ich mich. Mein Lieb, nun habe ich dir den richtigen Beweis geliefert, daß ich nur demselbenwege auf das Ganze gegangen bin.“ Die Rebbe antwortete: „Vor allem hast du deine Arbeit gut gemacht, im stillen habe ich gelacht, hoffentlich bleibst du mein kleiner Freddachs.“ Oberstaatsanwalt: Was ist der Angeklagten an der Angelegenheit so lächerlich vorgekommen? Angekl. Rebbe: Nach dem Tode des Herrn Klein war mein Haß noch immer groß, und daß ich so freudig geschrieben habe, bereue ich heute. Ein Geschworener: Aus den Briefen geht doch hervor, daß die Angeklagte Rebbe auf Frau Klein eingewirkt hat, die Tat zu begehen, ich bitte, Frau Klein zu befragen, auf welche Weise die Einwirkung geschah? Vorf.: Hat Frau Rebbe Sie auf den Gedanken gebracht? Angekl. Klein: Nein. Im weiteren Verlaufe der Verhandlung fragte der Vorsitzende die Angeklagte Klein, ob sie ihre Behauptung

immer noch aufrechterhalte, daß sie ihren Mann nur aufs Krankenlager bringen wollte. Frau Klein (mit großer Heftigkeit): Nein, nein! Ich hatte nur den einen Gedanken: Frei von diesem Menschen! In einem Brief heißt es dann: „... dann werden wir die lustigsten Witwen sein.“ Die Angeklagte Rebbe erklärt auf den Vorstoß, daß sie einmal geschrieben, sie wesse sich die Hauptschuld bei, daß sie damit nur habe sagen wollen, sie habe Frau Klein zum verbotenen Verkehr verführt. Vorf.: Halten Sie das für schlimmer, als einen Menschen zu vergiften? Die Angeklagte schweigt. Nach einer Pause werden Briefe vorgelesen, die sich darauf beziehen, daß auch Frau Rebbe ihren Ehemann ermorden wollte. So schreibt die Rebbe: „Mein Lieb, habe das Gift unserer Mama gezeigt. Werde immer etwas davon geben, aber Mama sagt, wenn er es merkt, ist er nicht mehr. Ich muß auch vorsichtig sein, denn wenn es herauskommt, bekommen wir die Lebensversicherung nicht und das Geld wollen wir uns doch nicht aus der Nase gehen lassen. Es kommt trotzdem immer etwas ins Essen.“ Vorf.: Was sagen Sie dazu, Frau Rebbe? Wollen Sie die Tat nicht zugeben? Frau Rebbe: Das werde ich niemals zugeben. Ich habe mein gutes Gewissen. Als die Sitzung geschlossen wird, erfolgt ein Zusammenbruch der Angeklagten, die lautweinend voneinander Abschied nehmen. Frau Rebbe fällt ihrer Mutter in die Arme und schreit laut weinend auf: „Liebe Mutter, denke an deine einzige Tochter, Gott verflucht uns nicht.“ Die Verhandlung wird morgen fortgesetzt.

Neuer Kampf um Groß-Berlin.

Die Demokraten gegen eine Gesetzesänderung?

Eine demokratische Delegierten-Zusammenkunft hat sich mit Abänderungsanträgen zum Groß-Berliner Gesetz befaßt. Das Schicksal der Anträge der Rechtsparteien hängt in starkem Maße von der Haltung der Mittelparteien des preussischen Landtages ab. Es heißt:

Am Dienstagabend sprach über das Groß-Berliner Gesetz im Rathaus Bürgermeister Dr. Rich-Wedding. Er betonte die Schattenseiten des Gesetzes und verlangte eine größere Selbständigkeit der Verwaltungsbezirke unter Bezugnahme auf einen von den Demokraten gewählten Ausschuss zur Vorberatung dieser Materie, der seine Beratungen noch nicht beendet hat und eine vorliegende Denkschrift des Oberbürgermeisters W. H. Diese Beratungen sollen fruchtbringend gewesen sein. Dr. Rich trat für das

Festhalten an der jetzigen Einheitsgemeinde

ein. Das Gesamtinteresse der Bevölkerung sei das entscheidende Moment. Seine Kritik richtete sich wesentlich gegen einige Maßnahmen der Zentrale. Eine Verkleinerung der Stadtverordnetenversammlung sowie der Bezirksversammlungen sei erstrebenswert. Er erkannte die Schwierigkeiten der Abgrenzung der Kompetenzen an, erwiderte aber mit seinem Eintreten für weitgehende Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Bezirksversammlungen Widerspruch. Oberbürgermeister W. H. bemerkte u. a.: die Bevölkerung habe ein Recht, heute mehr denn je eine sparsame und gute Verwaltung zu verlangen. Es könnte und müsse gespart werden, auch an Beamten und Arbeitskräften, an Dienststellen und sonstigen Ausgaben. Die Finanz- und Steuerhoheit müsse der Zentrale unbedingt verbleiben. Nur Selbsthilfe, Selbstverwaltung und tatkräftige Mitarbeit an den großen Aufgaben seien heute Rettungsanker. Von neuer Gesetzesänderung ver sprach er sich nichts viel. Zunächst solle man erst einmal die noch vollständig in Fluss befindliche Reorganisations von Groß-Berlin abwarten, die Vorschläge prüfen und nicht ständig neue Unruhe in der Bevölkerung hervorrufen. Berlin bilde eine große wirtschaftliche Einheit, die man nicht wieder trennen könne, ohne unermesslichen Schaden anzurichten. Der Magistrat hätte sich schon mehrfach mit diesen Fragen eingehend beschäftigt und in der letzten Zeit sei vieles anders geworden. Demnächst werde eine gemischte Deputation sich mit dieser Materie befassen, so daß die Hoffnung auf eine fruchtbarere Aufgestaltung bestehe, die sechs Altberliner Verwaltungsbezirke könnten ohne Schaden für das Ganze verkleinert werden.

In der Diskussion plädierte der Stadtv. Dr. Mahler dem Oberbürgermeister bei, auch er sprach sich gegen eine neue gesetzgeberische Aktion aus und plädierte für eine

(Kochhaus verboten. Der Markt-Berlin, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

Aus dem amerikanischen Manuskript überseht von Julian Gumpert.

Die kalte Luft zirkulierte durch seine Nase und Lungen. Seine Arme dehnten sich stark und kräftig. Er konnte die Muskeln seiner Beine fühlen, wie sie sich streckten und zusammenzogen beim Gehen.

Der Wartesaal des Bahnhofes war kalt und stickig, voll von dem Geruch ausgeatmeter Luft und unreiner Uniformen. Französische Soldaten in ihren langen, blauen Mänteln schliefen auf den Bänken oder standen in Gruppen herum, aßen Brot und tranken aus ihren Bechern. Eine Gaslampe in der Mitte strömte unklares Licht aus. Andrews setzte sich in eine Ecke, verzweifelt und resigniert. Vier Stunden noch mußte er auf den Zug warten. Schon schmerzten ihn die Beine, und er fühlte sich erschöpft. Die Freude, das Hospital verlassen und frei durch die Straßen laufen zu können in der leuchtenden Abendluft, wich schnell einer drückenden Verzweiflung. Sein Leben würde weiter diese Sklaverei unreiner Körper sein, zusammengepfercht in Räume, wo die Luft schlecht war vom vielen Atmen. Was bedeutete es nun, daß der Kampf aufgehört hatte! Die Armeen werden fortfahren. Leben mit Leben zu zermalmen, Fleisch in Fleisch zu erdrücken. Würde er je wieder frei dastehen können, wundervolle, fröhliche Stunden zu erleben, welche ihn für all das Fürchtbare, das er in dieser Treilmühle ertragen mußte, belohnen würden? Er hatte keine Hoffnung. Sein Leben würde weiter so sein, wie dieser schmutzige, schlecht riechende Wartesaal, wo Leute in Uniformen in spärlicher Luft schliefen, bis man sie hinausbeordern würde, um dann regungslos und endlos in Reihen zu stehen, wie Spielsoldaten, die ein Kind in einer Dachstube vergessen hat.

Andrews stand plötzlich auf und ging hinaus auf den leeren Bahnsteig. Ein kalter Wind blies. Irgendwo draußen, am Güterbahnhof, ließ eine Lokomotive laut Dampf ab, und Wolken weißen Rauchs zogen durch den schwach erleuchteten Bahnhof. Er ging auf und ab, das Kinn in seinen Mantel vergraben und die Hände in den Taschen, als jemand ihn ansah.

„O, es tut mir leid“, sagte der Mann, ein Amerikaner, und sah Andrews forschend ins Gesicht.
„Tut nichts“, meinte Andrews.

„Trinken wir einen zusammen“, sprach der andere. „Bin ohne Urlaub fort. Wo gehst du hin?“

„Nach'm Rest in der Nähe von Bar-le-Duc, zurück zu meiner Division. War im Hospital.“

„Lange?“

„Seit Oktober.“

„Donnerwetter, wollen 'nen Curacao trinken. Wird dir gut tun. Siehst blaß aus. Heiße Henslowe.“

Sie setzten sich an einen der ungewaschenen Marmortische.

„Ich gehe nach Paris“, sagte Henslowe. „Mein Urlaub ist seit drei Tagen aus. Wird nach Paris gehen und mich da krank schreiben lassen wegen doppelseitiger Lungenentzündung oder irgend 'ner anderen Geschichte. Dieses Heer ist ja langweilig.“

„Hospital ist auch um nichts besser“, antwortete Andrews mit einem Seufzer, „obwohl ich niemals die Freude vergessen werde, als ich verwundet wurde und 'raus war. Dachte damals, es genüge, um nach Hause geschickt zu werden.“

„Ich möchte keinen Augenblick dieses Krieges verpaßt haben. Aber jetzt ist's vorbei. Reisen ist heute das Schlagwort. War gerade zwei Wochen in den Pyrenäen. Nimes, Arles, Les Baux, Carcassonne, Perpignan, Lourdes, Gavarnie, Toulouse. Was hältst du von einer solchen Reise? In was für 'ner Truppe warst du?“

„Infanterie.“

„Das muß ja die Hölle gewesen sein, nicht? Warum kommst du nicht mit mir nach Paris?“

„Will mich nicht erwischen lassen“, stammelte Andrews. „Ach, keineswegs. Kenne die Schlüße. Mußt nur von den Bahnhöfen wegbleiben, schnell gehen und deine Schuhe immer ordentlich putzen, daß sie richtig glänzen. Und außerdem bist du ja 'n kluger Kerl, was?“

„Nicht so schlimm. . . . Wollen eine Flasche Wein zusammen trinken. Kann man hier nichts zu essen kriegen?“

„Es gibt hier nichts Anständiges. Kann hier nicht aus dem Bahnhof rausgehen, weil ein Militärpostjäger draußen vor der Tür auf und ab geht. . . . Aber man kann ja im Markisille-Cyrrich zu Abend essen.“

„Aber ich kann doch nicht mit nach Paris. . .“

„Aber sicher. Wie heißt du denn?“

„John Andrews.“

„Nun, John Andrews, alles, was ich sage, ist: mach' dir 'ne gute Zeit, trotz allem.“

Er setzte die Flasche so hart auf den Tisch nieder, daß sie zerbrach und der rote Wein über den schmutzigen Marmor

stieß und glierend auf den Boden tropfte. Einige französische Soldaten, die in Gruppen herumstanden, wandten sich um.

„Seht den Burschen, wie er den guten Wein vergeudet“, schrie ein kleiner Mann mit rotem Gesicht und langem, herabhängendem Schnurrbart.

„Für zwanzig Sous freße ich die Flasche“, schrie ein kleiner Mann, schob sich vorwärts und beugte sich trinken über den Tisch.

„Gib acht“, sagte Henslowe. „Andrews, der sagt, er will die Flasche hier für einen Frank auffressen. . .“

Er legte einen glänzenden Silberfrank auf den Tisch, neben die Reste der zerbrochenen Flasche. Der Mann ergriff den Hals der Flasche mit einer schwarzen Hand, die wie eine Klaue ausah. Er war unsagbar schmutzig, hatte einen langen Bart, der wie von Motten zerfressen aussah, und rote Flecken auf den Backen. Seine Uniform war voller Dreck. Als die anderen sich um ihn drängten und ihn davon abzuhalten suchten, sagte er nur: „Ist mir schnuppe, das ist mein Beruf“ und rollte mit den Augen, so daß das Weiße darin in dem schwachen Licht ausah wie die Augen eines toten Dorsch.

„Er will das wirklich freßen!“ schrie Henslowe.

Die Zähne des Mannes glitzerten und krachten dann auf die Ecken des Tisches nieder. Es gab ein entsetzliches, knadendes Geräusch. Er schwenkte den Flaschenhals.

„Der frißt das wirklich!“ schrie Henslowe brüllend vor Lachen. „Und du fürchtest dich, nach Paris zu fahren.“

Eine Lokomotive ratterte in den Bahnhof, dumpf zischend.

„Das ist der Zug nach Paris. Komm!“

Er drückte den Fränt in die schmutzstarrende Hand des Mannes.

„Komm mit, Andrews.“

Als sie den Raum verließen, hörten sie wieder das knadende Geräusch, da der Mann ein anderes Stück der Flasche abbiß. Andrews folgte Henslowe über den dampferfüllten Bahnsteig zur Tür eines Wagens erster Klasse. Sie kletterten hinein; Henslowe zog sofort das schwarze Tuch über der Lichtglocke hinunter; das Abteil war leer. Er warf sich mit einem Seufzer des Behagens auf die weiche Polsterung des Sitzes nieder.

„Aber was nun?“ stammelte Andrews.

„Ist mir schnuppe. Das ist mein Beruf“, unterbrach ihn Henslowe.

Der Zug verließ die Station.

(Fortsetzung folgt.)

vermehrte Dezentralisation der örtlichen Angelegenheiten, damit die Stadtverordneten entlastet und das Interesse in den Bezirken an öffentlichen Angelegenheiten gestärkt werde. Der Vorsitzende der Demokratischen Fraktion, Stadtdirektor Werten, machte den Vorschlag, die Beratungen bis zur Beendigung der Ausschussberatung zu vertagen und sich dann auf feste Richtlinien als Meinung der Demokratischen Partei zu einigen. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Als Niederschlag dieser Zusammenkunft der Delegierten aus Groß-Berlin konnte man die Ansicht hören, daß weitest streife von einer Änderung des Gesetzes über die Schaffung von Groß-Berlin jetzt weniger wissen wollen, als vor einiger Zeit.

Der Frauenmord im Erzgebirge.

Der erste Verhandlungstag des Mordprozesses Köhn vor dem Schwurgericht Zwickau hat das Rätsel, das über dem geheimnisvollen Mord bei Wiesenhaus liegt, seiner Lösung in keiner Weise nähergebracht. Der Prozeß dürfte erst bei der Vernehmung der medizinischen und Schießwaffenverständigen in ein entscheidendes Stadium treten, die die rätselhaften Umstände bei dem Leichensund entsprechend zu würdigen haben werden.

Am gestrigen zweiten Verhandlungstag war der Anhang des Publikums noch größer als am ersten Tage, so daß Landespolizei zur Abperrung aufgestellt werden mußte. Auf Befragen des Vorsitzenden befuhrte Köhn, wie er, der bekanntlich bereits zehn Tage vor der Auffindung der Leiche seiner Geliebten verhaftet worden war, aus der Haft an den Fundort herangeführt wurde. Er erklärte, daß er die Leiche nicht ganz genau, sondern nur durch die Zweige des Dilschens gesehen, daß er sie aber sofort als die der Müller wiedererkannt habe. Der Staatsanwalt sei sofort sehr heftig gegen ihn geworden und habe ein ums anderemal wiederholt: „Sie sind der Mörder!“, während er immer wieder geantwortet habe: „Nein, ich bin es nicht.“ Die ihm vorgelegten Photographien der Leiche musterte Köhn in aller Ruhe und bestätigte, daß er die Leiche ebenfalls in dieser Stellung gesehen habe. Staatsanwalt: Wie erklären Sie sich denn die Lage der Leiche und der Pistole? Wie halten Sie es für möglich, daß sich im Kopf zwei Schüsse befanden? — Anwalt Köhn: Ich stelle es mir so vor, daß die Waffe, nachdem sie den ersten Schuß auf sich abgefeuert hat, die Waffe noch weiter festhielt und daß dann infolge eines leisen Drucks, da es sich um eine Repetierpistole handelte, der zweite Schuß gleich danach von selbst losgegangen ist. Das ist bei solcher Waffe durchaus möglich, auch wenn die betreffende Person selbst gar keine Handlungsfähigkeit mehr besitzt. Dann wurde in die Beweisaufnahme eingetreten und als erste Zeugin die Witwe vom Wiesenhaus, Frau Böhling, vernommen. Sie befuhrte, daß ihr das Ehepaar Köhn, als welches die beiden sich eingetragenen hatten, schon im November 1921 von dem Förster Rüttrich angemeldet worden sei und daß sie dann damals und im März 1922 bei ihnen gewohnt hätten. Beide hätten sich sehr einfach benommen, seien zueinander sehr gut und zärtlich gewesen. Von irgendwelchen Streitigkeiten habe sie nichts bemerkt. Auf Vorhalt des Staatsanwalts erklärte Frau Böhling weiter, daß sie sich über das Verschwinden der „Frau Köhn“ Gedanken gemacht habe. Sie hätte sich vorgestellt, daß die Frau vielleicht im Walde umherirre oder daß er sie gar eingeschleppt habe, da er an dem fraglichen Tage eine Schaufel auf den Spaziergang mitgenommen habe. Sie sei erst beruhigt gewesen, als der Förster Rüttrich ihr später erzählte, Köhn habe ihm brieflich mitgeteilt, daß alles wieder gut sei. Im Anschluß hieran kam es zu einem Zwischenfall.

Zusammenstoß zwischen dem Staatsanwalt und der Verteidigung.
Der Staatsanwalt hielt sich darüber auf, daß einer der Verteidiger, Dr. Bell-Berlin, auf Grund einer Besprechung mit der Zeugin im Wiesenhaus in einer Eingabe die Behauptung aufgestellt habe, die Böhling hätte gesehen, daß Köhn bei seiner Rückkehr um 1/4 Uhr die Schaufel im Hause wieder abgestellt habe. — Rechtsanwalt Dr. Wisberg protestierte sehr scharf gegen die Unterstellung des Staatsanwalts, daß die Verteidigung irgendwie auf die Zeugin eingewirkt habe. Gerade der Staatsanwalt hätte wiederholt in den Gang der Untersuchung eingegriffen und den Angeklagten in schroffer Weise einzuschüchtern versucht. Es sei einfach unerträglich, daß der Staatsanwalt aus der Tatsache, daß einer der Verteidiger im Wiesenhaus sich aufhielt und mit den Zeugen über verschiedenes gesprochen habe, Kapital zu schlagen versuche. Der Vorsitzende, Landgerichtsrat Grubbe, griff schließlich vermittelnd ein und erklärte, daß er es auch durchaus verständlich fände, wenn die Verteidigung in zulässiger Form mit den Zeugen an Ort und Stelle über etwaige Einzelheiten spreche. Rechtsanwalt Wisberg zur Zeugin: Haben Sie dem Angeklagten zugetraut, daß er seine Frau oder richtiger seine Geliebte gewaltsam umbringen könnte? — Zeugin (sehr entschieden): Nein, niemals. Der Vorsitzende stellte hierzu noch fest, daß bei der Leiche der Müller tatsächlich 350 Mark aufgefunden wurden, die Köhn nach seiner Darstellung für die Oberringe als Reisegeld gegeben haben will. Nach der Mittagspause kam es zur Vernehmung des Forstmeisters Spindler aus Carlseid, der die Suche nach der vermissten Müller mitgemacht und dann auch der Auffindung der Leiche beigewohnt hat. Er gibt die bemerkenswerten Tatsachen an, daß die Strecke, die von der Stelle führte, wo Köhns Stock und daneben eine Patronenhülle gefunden wurden, bis zu dem Fundort der Leiche völlig undurchdringlich gewesen sei, da es sich um dichtes Gestrüpp handelte. Das Dilsch sei doppelt manns hoch gewesen. Im Hinblick auf die Möglichkeit, daß irgendwelches Wild oder Rogeitere an der Leiche, die reichlich zwei Monate im Freien gelegen hat, Veränderungen vorgenommen habe, befragt der Sachverständige, Professor Dr. Strauch-Berlin, den Zeugen nach den dort vorkommenden Wildarten, insbesondere nach Rogeiteren. Der Zeuge gibt an, daß in seinem Revier wohl Füchse und Wiesel sowie auch Ratten vorkämen. Bei der Vernehmung des folgenden Zeugen, des Wachtmeisters Schmidgen von der sächsischen Landespolizei, kam es zu einer Lieberauskunft. Der Zeuge machte nämlich Befundungen über die

Lage der Leiche bei ihrer Auffindung.

die im Widerspruch zu den an Gerichtsstelle liegenden amtlichen Photographien stehen. Kriminalkommissar Wegner-Zwickau erklärte hierzu, daß er strengste Anweisung gegeben habe, daß niemand die Leiche berühre. Er selbst sei sofort zur Stelle gewesen, als man die Leiche fand. Seiner Ansicht nach ist es ausgeschlossen, daß jemand den Körper oder den Revolver berührt hat. Auf einbringlichen Vorhalt der Verteidigung bezeichnet der Kriminalkommissar es schließlich aber als möglich, daß eventuell durch irgendwelche wärmere Temperatur oder auch durch Wind in der Nacht der linke Arm der Leiche in eine andere Stellung gebracht sein könne. Weiter befuhrte der Zeuge Wegner, daß am rechten Arm der Leiche, der stark eingeminkt war, der Zeigefinger gekrümmt gewesen sei. Der Kopf habe auf dem Boden des Leichens gelegen. Bei der Untersuchung des Hutes habe man dann im Hinterkopf die Kugel des Schläfenknorpels gefunden, die von Haarstrahlen, die mit in den Hut gedrungen seien, festgehalten wurde. Die Pistole selbst sei

Beschwerden

Das unzufriedene Berlin

Vorschläge

Unerschwingliche Preise bei der Volksspeisung.

Eine sehr notwendige Einrichtung der Stadt Berlin, die Volksspeisung, wird zurzeit im Volksspeisungsausschuss und in der Wohlfahrtsdeputation heiß umstritten. Jeder sozial denkende Mensch wird erwarten, daß die Stadtverwaltung im Interesse der leider so schwer geschädigten Volksgesundheit den Speisepreis aufs Billigste zu berechnen sucht. Leider hat der Magistrat beschlossen, daß ein Defizit aus dem Dezember durch eine Preiserhöhung ausgeglichen werden soll. Dieser Ansicht hat die Wohlfahrtsdeputation sowie der Volksspeisungsausschuss widersprochen, aber trotzdem wird seit dem 5. März der sehr hohe Satz von 576 M. für ein Liter Essen erhoben. Ich glaube, hiergegen im Interesse der Armen und Ärmsten, die an der Volksspeisung teilnehmen, Einspruch erheben zu müssen. Denn nicht nur die Volkshalter leiden unter dieser sehr unsozialen Maßnahme des Magistrats, sondern auch diejenigen, die das Essen unentgeltlich erhalten. Von den Wohlfahrtskommissionen wird denjenigen Armenrentnern, die Essenmarken beziehen, ein Teil des Betrages angerechnet. Man kann da die Einrichtung nicht mehr als Volksspeisung im weitesten Sinne des Wortes bezeichnen. Die weitere Maßnahme des Magistrats, für unentgeltliche Speisengewährung die Grenze des Monats Einkommens von 10 000 M. auf 8000 M. herabzusetzen, ist vollends geeignet, größten Unwillen in den betroffenen Kreisen hervorzurufen. Der Armen- oder Sozialrentner, der 10 000 M. Monats Einkommen oder täglich etwa 330 M. hat, darf nicht mehr von der Wohlfahrtskommission oder der Sozialrentnerfürsorge eine freie Volksspeisungsmarke bekommen, sondern muß mindestens den halben Portionspreis zahlen, d. h. täglich für 1 Liter Essen 288 M. Sein Gesamteinkommen pro Tag ist 330 M., mithin verbleiben ihm für Brot, Fett, Kleidung, Rente und anderes Notwendige ganze 42 M. pro Tag. Darum fordere ich sofortige Aufhebung des Magistratsbeschlusses über die Herabsetzung der Einkommensgrenze und Übernahme des Defizits der Volksspeisung auf den Stadtkäse.

Hierzu hat die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion folgenden Antrag eingebracht:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die unentgeltliche Abgabe der Volksspeisung

geplant und nicht gesichert gewesen. Im Magazin hätten sich drei Patronen — im Lauf aber merkwürdigerweise keine Kugel befunden. An Hülsen sei am ersten Tage nur eine in acht Meter Entfernung von der Leiche bei dem Spazierstock gefunden worden. Später aber, bei nochmaligen Suchen, habe sich dicht an der Fundstelle der Leiche auch eine zweite Hülse gefunden.

Freiwerkerschaftliche Jugend zum 18. März.

Abends 6 1/2 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses Märzfeier unter Mitwirkung namhafter Künstler und Mitglieder des Gemischten Chors Groß-Berlin. Rede: Genosse Rielisch, Mitglied des bayer. Landtages. Aus dem Programm sei folgendes hervorgehoben: Gesang: „Wach auf!“ — aus „Meisterfinger“, „Republikanische Hymne“ — „Märtyrliche Opfer“. Rezitationen von Freiligrath, Verwey, Wächner, Heine, Henckell, Hauptmann, Zoller, Mühlham. — Karten zum Preise von 70 M. sind in den Jugendsekretariaten der Gewerkschaften und im Bureau der Gewerkschaftskommission zu haben. — Vormittag: Besuch des Friedhofes der Märtyrergestalten. Die Jugendlichen marschieren von ihren einzelnen Gruppenstellen ab.

Explosion in einem Produktenteller. Gestern erfolgte in dem Keller des Produktentellers Edmund Friedrich im Hause Berliner Straße 33 in Tempelhof aus noch unbekannter Ursache eine heftige Explosion. Angeblich waren dem Händler von einer Frau Handgranaten verkauft worden. Durch die Explosion wurden der im Keller anwesende Friedrich sowie eine Frau Ida Koeniger schwer verletzt. Beide stürzten aus dem Keller. Sie haben Verletzungen an den Augen, an den Armen und Beinen erlitten und mußten nach der Charité transportiert werden. Die Kriminalpolizei hat den Keller geschlossen und untersucht zurzeit die Angelegenheit.

Eine politische Maßregelung? Wie wir hören, hat das Berliner Konsistorium dem Genossen Meier einen Erlaubnis zur Abhaltung von Vorträgen in Karlshagen, Kreuzberg und Biesfeld ohne jede Begründung verweigert. Will man sozialistische Geistliche mundtot machen?

Beitragbildungsausschuss Groß-Berlin. Sonntag, den 18. März, nachmittags 3 Uhr, im Neuen Theater am Zoo: „Vollversammlung“ von Goethe. Karten a 300 M. im Bureau des Beitragbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Tr., Zimmer 4, und am Tage der Vorstellung im Theater. Für sämtliche Theatervorstellungen im Monat März wird ein Zuschlag von 50 M. pro Karte erhoben. Sonntag, den 1. April (1. Osterfesttag), nachmittags 3 1/2 Uhr, im großen Saal der Philharmonie: 5. Festkonzert (2. Serie, rote Karten). Preise von 200 M. pro Karte. Einzelkarten zum Preise von 200 M. pro Stück sind zu haben im Bureau des Beitragbildungsausschusses, im Landgerichtshaus, Sophienstraße 21, und am Tage des Konzerts am Eingang des Saales.

Sprech-Chor für proletarische Feiertagshelden. Die Uebungsstunden finden von jetzt an jeden Donnerstag, abends von 7 1/2 bis 10 Uhr, in der Aula der Siedlerhochschule, Weinmeisterstr. 19/17, statt. Da pünktlich anzufragen, müssen auch alle Mitglieder pünktlich erscheinen.

Rechtshilfe und Republik. In der Gesellschaft für demokratische Republik spricht Kammergerichtsrat Frey und über „Rechtshilfe und Republik“ und Rechtsanwalt am Kammergericht Dr. Ernst Ulrich Schmeißer über „Die Grundfehler der deutschen Justiz“ am Donnerstag, 7 1/2 Uhr, im Hofsaal der Schule, Kochstr. 12. Gäste willkommen.

Ihr 25-jähriges Jubiläum im Hause Rudolph Herzog, Berlin. feiern Herr Waldemar Werner am heutigen Tage, Herr Rudolf Schättiler und Herr Julius Zimmer am 1. April d. J.

Das Republikanische Studentenkarneel Berlin fordert seine Mitglieder auf, sich geschlossen an der Feler der jungen Republik am 18. März nachmittags 4 Uhr im Plenarsaal des Reichstages an Ehren der Märzgefallenen zu beteiligen.

Großfeuer in Harburg. In der Grünhölle am neuen Seebassin in Harburg, die bereits im Jahre 1915 völlig ausgebrannt war, ist aus bisher ungeklärter Ursache wieder ein Brand ausgebrochen. Die Harburger Wehr und die Wehren der Umgebung konnten nicht verhindern, daß die Mühle erneut ausgebrannt. Es gelang, das Maschinenhaus, die Siloanlage, die Speicher und die Vorräte zum Teil zu retten und die Eisenbahnwaggons und Kohlenkähne aus der Nähe der Brandstätte fortzubringen.

auf Antrag an alle Personen, deren monatliches Einkommen die vom Reich für Klein- und Sozialrentner jeweils festgesetzte Einkommensgrenze nicht übersteigt, eintreten zu lassen.“

So wird Siedlern geholfen!

Das Stadtbauamt der Stadt Berlin teilt uns zu der Notiz „So wird Siedlern geholfen!“ im „Anzugsdienst Berlin“ vom 24. Februar folgendes mit: „Der Charlottenburger Baugenossenschaft G. m. b. H. ist bei allen Verhandlungen wegen Herabgabe von Baukostenzuschüssen für das Gelände der ehemaligen Schießstände von Ruhleben vom Siedlungsamt der Stadt Berlin erklärt worden, daß in Rücksicht auf die zurzeit unerschwinglichen Kosten für die Ausschließung des Geländes Baukostenzuschüsse nicht gegeben werden könnten. Die uns zur Verfügung stehenden äußerst geringen Mittel müßten im Interesse der Wirtschaftlichkeit und auch im Allgemeininteresse der Bevölkerung in erster Linie dazu verwendet werden, Wohnungen an bereits fertiggestellten Straßen zu errichten. Die Forderung des Siedlungsamtes, Einfamilienhäuser in der Form von Reihenhäusern zu bauen, entspringt einem Gebot der Wirtschaftlichkeit und Wärmetechnik und gründet sich auf die entsprechenden Beschlüsse der städtischen Körperschaften. Die Bezeichnung derartiger Kolonien als Mietkolonien ist durchaus abwegig. Jede einzelne Wohnung hat einen besonderen Zugang und entspricht sowohl in gesundheitlicher als auch in technischer Beziehung allen berechtigten Anforderungen. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die zur Verteilung der Baukostenzuschüsse zur Verfügung stehenden Mittel nicht den Interessen einzelner weniger Siedler dienen, sondern der Allgemeinheit zugute kommen sollen, die darauf Anspruch erheben darf, daß die Gelder so wirtschaftlich wie möglich verwendet werden.“

Noch ein Bahnhof ohne Bedürfnisanstalt.

Verschiedene Zuschriften wiesen darauf hin, daß der neue Bahnhofs Friedrichstraße nicht der einzige ohne Bedürfnisanstalt ist. Seit Jahr und Tag ist die Toilette auf dem Bahnhof Weichensee verschlossen und außerdem fest verriegelt. Aus welchem Grunde?

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Die Debatte über die proletarischen Feiertagshelden werden abends, am Sonntag, den 18. März pünktlich zu erscheinen. Treffpunkt: früh 8 Uhr an der bekannten Stelle.

- Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrinnen.** Freitag, den 16. März, 7 Uhr, im Berliner Rathaus, Zimmer 54. Tagesordnung: „Anfangslehre zur Schulreform und den Schulreformen“. Ref. Genossin Dr. Wegscheider-Siegle, M. d. B. 2. Schulreformfragen. Verschiedenes.
- 1. Kreis.** Mittw. Elternbeirat des B.S.P., Freitag, den 16. März, 7 1/2 Uhr, Besprechung im Restaurant „Bürgerheim“, Witz Schindlerstr. 23-24. Tagesordnung: Vortrag über: „Schulfragen“. Diskussion. Beginn pünktlich.
- 2. Kreis.** Kreuzberg, Freitag, den 16. März, 8 1/2 Uhr, gemeinschaftliche Sitzung der Deputierten der Kommission, des Bezirks- und Kreisverbandes sowie Vertreter der Wohlfahrtskommission im Fraktionszimmer, Poststr. 10.
- 12. Kreis.** Arbeitsgemeinschaft sozial. Elternbeiräte, Freitag, den 16. März, 7 1/2 Uhr, im Gymnasium Stöglitz, Heckerstr. 15 (Klassenzimmer), spricht Genosse Dr. Elmens über: „Freie Schule und Religion“. Die Elternbeiräte sowie die Erziehungsleiter müssen erscheinen. Auch die Mitglieder des Bildungs- und des Frauenbildungsvereins müssen erscheinen.

Heute, Donnerstag, den 15. März.

Jugendgruppen. Gruppe Friedrichshagen. Pünktlich 7 1/2 Uhr bei Frenzel, Tempelhofstraße 24, 3 Treppen 1., Vortrag über: „Kritik“. Ref. Franz Espinasse.

Gruppe Köpenick. 7 1/2 Uhr im Jugendheim Hermannstr. 48, Vortrag des Genossen Eberhard-Hilf über: „Was ist uns heute Goethes „Faust“?“ — Gruppe Kreuzberg. 7 1/2 Uhr im Jugendheim Eisenstr. 9, Vortragabend.

Morgen, Freitag, den 16. März.

78. Mt. Kreuzberg. 7 1/2 Uhr Mittagsbesprechung im „Reichsbader“, Kreuzbergstraße 26. Thema: „Die Her Revolution“.

76. Mt. Kreuzberg. 2. und 3. Bezirk. 7 1/2 Uhr Sprechabend bei Rosenow, Hohentierbergstr. 2, und 3. Bezirk. Ref. Gen. Kaspel.

31. Mt. Sonntag, den 18. März. Treffpunkt zur Demonstration nach dem Märtyrerkrieger-Friedhof mittags 12 1/2 Uhr Kriemhild (Sparhof).

Jugendveranstaltungen.

Der Ortsausschuss für Jugendpflege Kreutzberg veranstaltet heute abends in der Aula der Schule Hohenberg einen Abend. Zur Vorbereitung gelangt der Film „Der fliegende Holländer“ und „Reisende in Lapland“. Gästeleiterin zum Preise von 50 M. für Jugendlicht und 200 M. für Erwachsene sind am Eingang zu haben. Anfang 7 1/2 Uhr.

Samstagsmorgen. Jugendheim Eisenstr. 16, Vortrag: „Der moderne Kapitalismus“. — Rathaus 1. Jugendheim Mühlentor, Freitag, den 16. März, 10 Uhr, Vortrag: „Die Revolution von 1848“. — Arbeiterhaus, Jugendheim Gemeindefchule Berliner Straße 32, Vortrag: „Arbeiterjugend und soziale Frage“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Gemeinschaft proletarischer Feiertagshelden, Gruppe Köpenick und Berlin für Feiertagshelden für Gerechtigkeit. Öffentliche Feiertagsheldenversammlung Donnerstag, den 15. März, abends 7 1/2 Uhr, Eisenmühlener Gefängnis, Eisenmühlener Straße 44. Thema: „Befreiung und Befreiung“. Polska Partja Socjalistyczna (komunistyczna) 30 to letnia rocznica P. P. S. w Niedzię 4. 18. Marca o godz. 5 tej po południu w lokalu przy Grüner Weg 9. u. p. Baranowsky.

Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Zuschriften werden nicht erbeten. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Anträge über einen Buchstaben und eine Nummer bei. Gütige Anfragen tragen man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof part. links, vor. Schreibsätze und Beiträge sind mitzubringen.

W. 108. 1. Was ist eine berufliche Organisation nicht bekannt. 2. Wenden Sie sich beschwerend an die Reichsregierung, Abteilung für Armen- und Schulwesen, Berlin. — O. S. 27. Vom 1. Oktober 1922 ab beträgt die Wohnungsbauzulage 100 Proz. des Kaufpreises des Grundstücks. — R. G. 15. Nach unserer Ansicht nein, da der Handel beim Erwerb des Hauses bereits nachsehen und der Kaufpreis ihn deshalb gekannt hat, kennen mußte. — Weichenitz Nr. 104. 1. Unvollständig ist. 2. An den Regierungsvorständen. 3. Nicht ausgeschlossen. — W. S. 104. Unter Umständen ja. — W. M. Die Ende Juni 1922. — R. G. 384. Mit Ihrer Frage werden Sie wahrscheinlich abgemittelt werden: Sie hätte gegen den Kaufpreis gerichtet werden müssen. — R. 1023. 1. 1200 Mark der Grundbesitz. 2. Nicht bekannt. — R. G. 25. 1. und 2. Nein. 3. Ja. 4. Der für Schulzwecke erklärte Teil. 5. Die Ehefrau hätte Miteigentümerin der Gaden sein. — O. S. 4. Wenden Sie sich an das Reichsministerium, Berlin, Köpenick, Waggelstr. 36-42. — R. G. 100. 1. Sehr unvollständig. 2. Unter Umständen ja. 3. Für die Wirtschaftlichen helfen die Erben. Die Stadt Berlin ist zur Zahlung nicht verpflichtet. — W. M. 23. 1. Gehört zu Polen. 2. Ja. 3. Das richtet sich nach den politischen Gegebenheiten. — R. G. 1. 1. Ja. 2. Sämtliche Umlagen. 3. Den Umlagen Bundesrat. — R. G. 444. Die erste Umlagerung fand am 25. Juni 1923 statt.

Weiter bis Freitag mittags. Pünktlich 10 1/2 Uhr, größtenteils frühe und etwas neblig mit leichten Niederschlägen und frischen nordöstlichen Winden.

Er raucht Batschari,
er ist Qualitätraucher!

ABC

Die gebremste Steuerreform.

Der Reichstag erledigte am gestrigen Mittwoch zunächst das Gesetz über Erhebung der Wohnungsbaubehörde. Die in zweiter Lesung neu angenommene Bestimmung über die Verwendung der Abgabeneinkünfte aus Belastung landwirtschaftlicher Gebäude für landwirtschaftliche Zwecke wurde dahin abgeändert, daß diese Einkünfte in erster Reihe zu Kleinwohnungsbauten in Landgemeinden heranzuziehen sind. Beschlossen wurde, zwei Jahre lang 1500 Proz. zu erheben. Der Beitrag der Länder zum Ausgleichsfonds wird auf 40 M. pro Kopf der Bevölkerung bemessen.

In der Gesamtabstimmung wird die Vorlage mit knapper Mehrheit angenommen. Dafür stimmten geschlossen nur die Sozialdemokraten, ferner die Mehrzahl des Zentrums und der Demokraten sowie der Bayerischen Volkspartei und einige Mitglieder der Deutschen Volkspartei. Dagegen stimmten geschlossen Deutsche nationale und Kommunisten, ferner ein Teil des Zentrums, der Demokraten, die Mehrzahl der Deutschen Volkspartei und ein Teil der Bayerischen Volkspartei.

In der darauf fortgesetzten zweiten Beratung des Gesetzes über Geldentwertung und Steuerzahlung werden zunächst die sozialdemokratischen Anträge (Multiplikation des rückständigen Betrages mit dem Prozentsatz, um den sich der Goldaufschlag gegenüber dem Fälligkeitstage erhöht hat, aber im Fall der Ablehnung dieses Antrages 25 Proz. des Rückstandes für den ersten Monat, 30 Proz. monatlich für längeren Rückstand) abgelehnt.

Die Ausschussfassung (15 Proz. des Rückstandes monatlich für die ersten drei Monate, 30 Proz. monatlich für längeren Rückstand) wird angenommen.

In das Einkommensteuergesetz soll ein neuer § 42a eingefügt werden, wonach in der Ausschussfassung mit Abgabe der Steuererklärung der Rückstand gegenüber den Vorauszahlungen und der Lohnabzüge nachzuzahlen ist. In einem neuen § 42b wird ferner bestimmt, daß innerhalb eines Monats nach Zustellung des Steuerbescheides eine Abschlußzahlung zu erfolgen hat, soweit die endgültig festgesetzte Steuer die bisherigen Zahlungen übersteigt.

Die Sozialdemokraten beantragen außerdem zu § 42, daß der Reichsfinanzminister bei Fortschreiten der Geldentwertung vierteljährlich die Vorauszahlungen prozentual zu erhöhen hat.

Nach einem neuen § 42c in der Ausschussfassung ist, wenn die endgültige Steuer die den Betrag der Nachzahlung um mehr als 100 000 M. übersteigt, bei der Abschlußzahlung ein Zuschlag von monatlich 5 Proz. zu diesem überschreitenden Betrag zu zahlen.

Die Sozialdemokraten wollen schon bei einem Uberschuß von 50 000 M. die allgemeinen Verzugszinsen für Rückstände auch auf die Abschlußzahlung angewendet wissen.

Abg. Hartleb (Soz.)

weist zur Begründung der Anträge seiner Partei darauf hin, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger ihre Steuer in dem Geld bezahlen, wie es zur Zeit ihrer Einnahme wert ist, während die Steuerpflichtigen, die nachträglich verlangt werden, ihre Steuer in entwerteter Gelde leisten. Es haben eingehend:

	in Milliarden Mark	im Januar 1923
Einkommensteuer	146,8	94,5
Körperschaftsteuer	3,8	0,817
Umsatzsteuer	60,—	48,—
Rohlensteuer	44,—	67,—
Tabaksteuer	17,7	10,6
Weinsteuer	2,8	1,8
Zwangsanleihe	8,8	4,7
Effizienzsteuer	0,80	0,726
Stichtoff-Monopol	0,678	0,68

Wahin haben diese neuen Steuern in drei Vierteln des Jahres 1922 rund 275 Milliarden eingebracht, im Januar 1923 aber

220 Milliarden, d. h. zu 80 Proz. sind diese Steuern in dem Monat mit dem tiefsten Markstand beglichen worden. Die Besessenden hatten eben mit der Steuerzahlung jurist. bis sie mit fast entwerteten Papieren zahlen können. Für dieses Unrecht ist rückwirkend auf das Jahr 1922 kein Ausgleich geschaffen worden. Dagegen ist in Zukunft

durch die Einführung von Verzugszinsen eine gewisse Besserung eingetreten. Aber unseren Antrag, diese Verzugszinsen statt auf 15 Proz. auf 30 Proz. festzusetzen, haben die bürgerlichen Parteien abgelehnt, wie überhaupt alle sozialdemokratischen Anträge, die auf eine möglichst völlige Befreiung des Steuerrechts hinauszielen.

In der großen Not Deutschlands mußte es ein Gebot der Moral für alle Steuerpflichtigen sein, ihre Steuern vollkommen am Fälligkeitstage zu zahlen. Die schwebende Schuld Deutschlands beträgt jetzt 4½ Billionen Mark und muß, wenn es so weiter geht, im Laufe dieses Jahres auf 8 Billionen anwachsen. Deshalb muß aus den laufenden Steuern möglichst viel herausgeholt werden. Die Stundung der Rohlensteuer ist ein unheilbarer Zustand. Durch solche Verhältnisse ist im Volke eine Stimmung erzeugt, die dem Staate abträglich ist. Wenn dem Staate nicht gegeben wird, was des Staates ist, dann kann dieser seine Aufgaben nicht erfüllen. Die Sozialdemokratie bezieht den Staat

und will ihm keine Existenz sichern. Freiwillig hätten die Steuerpflichtigen dem Staate, der sich in so großer Not befindet, ihre Steuern entrichten müssen. Das wäre national und vaterlandsliebend gewesen. Über der Staatsgebäude läßt bei den Besessenen viel zu wünschen übrig. Mindestens muß in dem Augenblick der Steuererklärung der Restbeitrag der befristeten Steuer bezahlt werden. Die Abführung der Lohnsteuer durch die Arbeitgeber ist erfreulicherweise durch die Verordnung des Finanzministers schon verbessert worden, da sie jetzt bis zum 10. jedes Monats abführen müssen. Die Annahme der sozialdemokratischen Anträge würde die Steuerzahlung wesentlich beschleunigen.

Die sozialdemokratischen Anträge werden abgelehnt!

In der weiteren Beratung begründet

Abg. Simon-Franken (Soz.)

einen sozialdemokratischen Antrag auf öffentliche Auslegung der Steuerlisten, damit die tief gesunkene Steuermoral wieder gehoben werde. — Selbstverständlich wurde auch dieser Antrag von den bürgerlichen Parteien abgelehnt, obwohl unser Redner darauf hinweisen konnte, daß im Freistaat Danzig die öffentliche Auslegung der Steuerlisten verwirklicht ist. Simon sprach ferner gegen die Wiedereinführung des Bankgeheimnisses und Aufhebung des Depotzwanges. — Den demagogischen deutschnationalen Antrag, der die Lohnsteuer befreit und an ihre Stelle die Steuer von den Arbeitgebern entrichtet wissen will, bekämpfte

Abg. Peine (Soz.)

Er wies darauf hin, daß dieser Antrag nur auf eine Vertuschung der Tatsachen hinauslaufe. Selbstverständlich werde nicht der Arbeitgeber die Steuer zahlen, sondern sie voll oder noch mit einem Aufschlag auf die Arbeiter und Angestellten abwälzen. Der deutschnationalen Antrag will das Steuerrecht nur beschneiden. Wir dagegen wollen es wirklich befeitigen. Deshalb verlangen wir von der Reichsregierung einen Gesetzentwurf, der das Steuerrecht auf eine neue gerechte, der Lage des deutschen Volkswesens entsprechende und nach dem Vorbild der Lohnsteuer die Erhebung vereinfachende Grundform stellen soll, damit das rechtzeitige Aufkommen der Steuern gesichert und das Reich gegen Kursverluste bei der Steuerzahlung geschützt werde.

Die Abstimmung über die Entschlüsse wird in dritter Lesung erfolgen, die heute, Donnerstag, 2 Uhr, beginnt.

Lebenshaltung verkürzte Arbeiterschaft, hohe Transportkosten, Unterlassung von Neuanlagen und Betriebsoverdeckungen — das sind die Früchte einer Privatisierung der Eisenbahnen.

Die Generalversammlung der Rhein-Main-Donau-A.G. beschloß die Ausgabe einer Goldanleihe, die in Papiermark eingezahlt und nach dem Goldwert der Mark verzinst und zurückgezahlt werden soll. Es ist dies das erste industrielle Unternehmen, das eine solche auf Gold lautende Anleihe ausgibt; bisher hatte man sich auf sogenannte Kohlen- oder ähnliche Naturalwertpapiere beschränkt. Die Goldanleihe wird unter Bürgschaft des Reiches und der Länder, die an diesem gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen maßgebend beteiligt sind, ausgegeben.

Schlechte Vieheinfuhr. Eine merkliche Entlastung erfahren nach einer Meldung der „Gca“ die sächsischen Viehmärkte der letzten Wochen durch den immer größer werdenden Ansturm von ausländischen Vieh. Dänische Rinder, südamerikanische Mastochsen und Remeler Schweine standen in großer Zahl zum Verkauf und fanden wegen ihrer vorzüglichen Beschaffenheit bei niedrigeren Preisen rasch Absatz.

Amerikanische Klagen über die Ruhrblockade. Aus New York wird dem „Jha“ gemeldet: Der Wältern zufolge laufen im Handelsministerium in Washington fortgesetzt Klagen von Beschwerden aus den Kreisen der amerikanischen Geschäftsmänner ein, die alle bittere Klagen darüber führen, daß die französische Ruhrblockade den amerikanischen Handel, und zwar das Import- und Exportgeschäft gleichermaßen, schwer schädige. Ferner liegen sowohl dem Handelsministerium wie dem Staatsdepartement zahlreiche Proteste vor, die eine Intervention der Regierung verlangen, gegen die sich häufenden Eingriffe der Franzosen in den Transportverkehr deutscher Waren, die für Amerika bestimmt sind. Handelsminister Hoover ist der Ansicht, daß die augenblicklich aus der Ruhrblockade erwachsenen Missstände nicht so sehr die Folge einer bewußten Obstruktionspolitik der französischen Regierung sind, als vielmehr die Folgen der gegenwärtig im Ruhrgebiet noch bestehenden Konfusion, wie sie im Gefolge einer militärischen Okkupation meist unvermeidlich ist. Hoover hat indessen durchblicken lassen, daß bei einer ernstlichen Bedrohung des amerikanischen Handels tatsächlich die notwendigen Schritte unternommen werden sollten, um die amerikanischen Interessen wirksam zu schützen.

Internationale Zuckerspekulation. Die Weltmarktpreise des Zuckers haben in der letzten Zeit eine enorme Steigerung erfahren. Da die europäischen Zuckerräte in diesem Jahr ungünstig ausfiel und die Rohlenknappheit infolge der Ruhrblockade die Zuckerrzeugung erschwerte, da ferner auch in manchen überseeischen Ländern, wie in Brasilien, Peru, Mauritius, die Zuckererzeuger, die Vorräte erschöpft sind, in Java aber die Ernte erst später erfolgt, bleibt für die Versorgung der Welt in der Hauptfrage die Ernte von Kuba übrig, deren Ertrag ebenfalls ungünstiger ausfällt, als nach früheren Schätzungen angenommen wurde. Die kubanische Zuckerprouktion liegt aber überwiegend in den Händen von Großkapitalisten der Vereinigten Staaten, die bereits vor dem Kriege 54 Proz. der Produktion beherrschten, seit 1920 aber, wo sie gelegentlich der Krise der kubanischen Zuckerprouktion den Erzeugern finanzielle Hilfe leisteten, unumgängliche Herren der kubanischen Zuckerprouktion geworden sind. Jetzt müssen sie die Lage aus, halten die Vorräte zurück und erwidern dabei gewaltige Preiserhöhungen. Die Preise in England erhöhten sich in den letzten zwei Wochen um 25 Proz. In der französischen Kammer hat die Leuerung des Zuckers große Erregung hervorgerufen. Der Staat erhebt nämlich eine Steuer von 50 Fr. für 100 Kilogramm Zucker, um aus dem Erlös dieser Steuer den Zuckerrübenanbau zu fördern. Es ist auch gelungen, die Produktion, die in Frankreich im Jahre 1921 250 000 Tonnen betrug, im folgenden Jahre auf 450 000 Tonnen zu steigern. Infolge der hohen Weltmarktpreise wird aber die Steuer als besonders drückend empfunden. Selbst in der Lohschokolade, einem der wichtigsten Zuckerverbraucher Europas, sind die Zuckerverpreise in der letzten Zeit merklich gestiegen. Um so bedeutsamer ist es, daß auch die deutsche Regierung vor kurzem die Aufhebung der Zuckerprouktion beabsichtigt hat. Die staatliche Bewirtschaftung soll hier in einem Zeitpunkt aufhören, wo sie infolge der verantwortungslosen Spekulation der amerikanischen Kapitalisten am meisten notwendig wäre. Der deutsche Verbraucher wird ebenfalls die Spekulationspreise des Weltmarktes zahlen müssen.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstabelle sind noch folgende amtliche Notierungen nachzutragen: 1 tschechische Krone 618,45 Geld, 621,55 Brief; 1 bulgarische Leva 183,05 Geld, 183,31 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 218,46 Geld, 214,54 Brief. — 1 Polenmark galt im freien Verkehr ca. 45 Pf.

Wirtschaft

Abzählung und Arbeitsmarkt.

Die Abzählung am Warenmarkt wirkt sich immer stärker in zunehmender Kurzarbeit und in Beschäftigungsmangel der Industrie aus. Der jetzt vorliegende Bericht des Landesarbeitsamtes Brandenburg verzeichnet eine ganze Reihe von Industrien und eine Verschlechterung des Beschäftigungsgrades. So gingen die Aufträge bei der Metallindustrie zurück, in der Weltener ferrometallischen Industrie wird die Arbeitszeit verkürzt, in der Textilindustrie nimmt die Kurzarbeit zu, ebenso in der Tabakindustrie und in der Schuhindustrie. Dieser Verschlechterung des Arbeitsmarktes steht lediglich ein größerer Bedarf von Arbeitskräften für die Land- und Forstwirtschaft gegenüber, während die geringe Beschäftigung der Bauwirtschaft, die verzeichnet werden konnte, die durch die übersteuerten Materialpreise und Baukosten herbeigeführte Arbeitslosigkeit unter den Bauhandwerkern nicht wesentlich gemindert hat.

Der Rückgang der gewerblichen Konjunktur führt also bereits zu einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit, die auf die Arbeitererschaft um so schwerer wirken muß, als die Löhne der letzten Monate so weit hinter den Lebenshaltungskosten zurückgeblieben sind, daß die betroffenen Arbeiterkreise für einen solchen Fall keinerlei Vorbereitungen treffen konnten.

Starke Steigerung der deutschen Kunstseideproduktion. Die Gesamtproduktion Deutschlands in Kunstseide belief sich, wie die „Textil-Welt“ erfährt, im Jahre 1922 auf 6 Millionen Kilo. Im Monatsdurchschnitt betrug sie im Anfang des Jahres 1922 ca. 500 000 Kilo und erreichte gegen Ende des 8. Quartals eine Höhe von 600 000 Kilo. Die Ausfuhr stellte sich auf insgesamt 450 000 Kilo, einschließlich 80 000 Kilo ausländischer Kunstseide, die lediglich zum Zwecke der Veredelung in Deutschland eingeführt und wieder ausgeführt sind. Im Monatsdurchschnitt belief sich die Ausfuhr im Anfang des Jahres auf 100 000 Kilo, ließ dann bereits im April ganz erheblich nach, um am Ende des

Jahres auf 10 000 Kilo zurückgegangen. Die Einfuhr aus dem Ausland stellte sich für 1922 auf 600 000 Kilo, gegenüber 300 000 Kilo, die über das Ausfuhramt Ems eingeführt wurden.

Ein Beitrag zur Privatisierung der Eisenbahnen. Die englischen Eisenbahnen geben ein anschauliches Beispiel dafür, was die Überführung der Eisenbahnen in den Privatbesitz bedeutet. Sie standen zwar schon früher in Privatbesitz, wurden aber während des Krieges durch den Staat verstaatlicht und erst im Jahre 1921 in die Verwaltung der Privatgesellschaften zurückgeführt. Bei der Rückgabe haben die Privatgesellschaften eine Erpressung sondergleichen gegen den Staat vollzogen; für angebliche Verluste mußte der Staat den Gesellschaften eine sehr hohe Summe zuschießen. Wie die englische Zeitschrift „The Nation“ schreibt, haben die „armen“ Eisenbahngesellschaften damals Klagegelder über die schrecklichen Zustände der in Privatbesitz zurückgegebenen Eisenbahnen angestellt. Ein Jahr später veröffentlichten sie ihre Bilanzen, und es stellt sich heraus, daß sie enorme Dividenden an ihre Aktionäre verteilten, bei vielen Gesellschaften die größten, die je verteilt worden sind. Aus den Bilanzen geht außerdem hervor, daß sie ihre Aktiven seit Kriegsausbruch verachtacht haben und ihre Wertpapierbestände seit dieser Zeit enorm gestiegen sind. Sie verteilten die großen Dividenden, obwohl die Einnahmen im Jahre 1922 nicht größer geworden sind als im Vorjahr. In den Berichten begründen sie den „glänzenden Erfolg“ mit der vorzüglichen Geschäftsführung. In Wirklichkeit konnten sie ihre Aktionäre bewegen so reichlich zu vergelten, weil sie die früher üblichen Aufwendungen, Betriebserweiterungen usw. in diesem Jahr unterlassen haben, und ferner deswegen, weil die Direktoren während der staatlichen Verwaltung mit den Ausgaben nicht sparten, da der Staat die Dividenden garantierte und die Gesellschaften daran interessiert waren, möglichst ungünstige Geschäftsergebnisse vorzutäuschen, um die Entschädigungssumme um so höher ansetzen zu können. Eine neuerliche Verstaatlichung der privaten englischen Eisenbahngesellschaften steht bevor; binnen kurzem werden vier mächtige Gruppen des englischen Eisenbahneigentums in ihrer Macht haben. Die Übergabe der Aktien an die vier großen Gesellschaften dürfte auch bei der Aufstellung der günstigen Bilanzen mitgewirkt haben, um möglichst günstige Lebenshaltungskosten zu erwirken. Unterdessen hat man die Löhne der Eisenbahner herabgesetzt. Man sieht also: lachende Aktionäre, in ihrer



Regelmässige Verbindung

von Bremen über Southampton, Cherbourg nach New York durch die prachtvollen amerikanischen Regierungsdampfer

NÄCHSTE ABFAHRTEN:

President Harding	21. März	25. April
George Washington	28. März	2. Mai
President Roosevelt	4. April	9. Mai
President Arthur	11. April	16. Mai
President Fillmore	18. April	21. Mai

Abfahrt von Southampton und Cherbourg 1 Tag später
Verlangen Sie Prospekte und Segelpläne Nr. 83

UNITED STATES LINES

BERLIN: W 8, Unter den Linden 1;
NW 40, Invalidenstr. 93; W 9, Budapester Straße 5
General-Vertretung: Norddeutscher Lloyd, Bremen

HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

<p>Weizenmehl Pfund 690.-</p> <p>Tafelreis Pfund 820.-</p> <p>Roggen 2str. Pfund 720.- Speisekartoffeln Pfd. 50.-</p> <p>Bohnen weiss. Pfund 800.- Sellerie große Köpfe Pfd. 50.-</p> <p>Marmelade .. Pfund 520.- Möhren Pfund 70.-</p> <p>Kunsthonig .. Pfund 630.- Weisskohl Pfund 150.-</p>	<p>Frisches Fleisch</p> <p>Kalbsrücken Pfund 1800.-</p> <p>Kalbskamm Pfund 2000.-</p> <p>Kalbskeulen Pfund 2200.-</p> <p>Schweineschinken Pfund 3400.-</p> <p>Schmorfleisch mit Knochen Pfund 3400.-</p> <p>Gehacktes Pfund 2600.-</p>	<p>Grüne Heringe Pfund 350.-</p> <p>Makr.-Bücklinge Pfd. 900.-</p> <p>Dorsch Pfund 400.- Gemüsekonserven</p> <p>Kabliau Pfund 420.- Weiss- u. Wirsingkohl, Kohlrabi, Karotten, geschnitten,</p> <p>Sprotten Pfund 1200.- Rot- und Grünkohl 950.-</p> <p>Kaninchen Pfund 1200.- 2-Pfund-Dose</p>
---	---	--

Schweineschmalz amer. Pfund **3550.-** Kokosfett Pfd. **2800.-** Rinderfett Pfd. **2800.-** Tafelmargarine Pfund **2900.-**

